

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis: dreimonatlich 1.30 RM., halbjährlich 2.50 RM., monatlich 1.30 RM., einschließlich 30 Bg. frei mit Haus- und Postporto. Einzelne Nummer 5 Bg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Bg. Postabonnement: 1.30 RM. pro Monat, wieweit in die Post-Bestimmungen einbezogen. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 RM., für das übrige Ausland 4 RM. pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.
 Erscheint täglich.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Nummern je Zeile oder deren Raum 60 Bg., für politische und literarische Beiträge und Sammelungs-Anfragen 30 Bg. „Kleine Anzeigen“, das heißt die ersten 20 Bg. jedes weitere Wort 10 Bg. Stellenanzeigen und Geschäfts-Anzeigen das erste Wort 10 Bg., jedes weitere Wort 5 Bg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
 Telephon-Nr. 7067.
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Sonnabend, den 16. Dezember 1916. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Buzen genommen!

französische Vorstöße bei Harcourt und Louvemont.

Buzen genommen. — Bulgarischer Donauübergang bei Fetesti. — Raublose Verfolgung in der Großen Walachei. — Französische Angriffe beiderseits der Maas.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 15. Dezember 1916. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
Secresgruppe Kronprinz.
 Auf dem Westufer der Maas versuchten die Franzosen in dringlichem Angriff umsonst, die ihnen vor kurzer Zeit auf Höhe 304 südlich von Malancourt entziffenen Gräben zurückzunehmen.

Westlich des Flusses setzten sie nach starker, weit ins Hintergelände schlagender Feuerbereitung zu mehrmaligen Angriffen an. Am Pfeifer-Rücken scheiterte das Vorgehen der Sturmwellen in unserer Abwehrfeuer. Auf den Südhängen vor Fort Harcourt kam der Angriff in unserem Zerstörerfeuer nicht zur Entwicklung.

Ostlicher Kriegsschauplatz.
Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Nördlich der Bahn Buczew-Tarnopol drangen deutsche Truppen in die russischen Gräben ein und brachten 90 Gefangene zurück.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

Die gestrigen Angriffe der Russen an der siebenbürgischen Ostfront hatten zumeist den gleichen Mißerfolg wie die der Vortage. Auf einer Höhe gelang es dem Gegner, Fuß zu fassen.

Secresgruppe des Generalfeldmarschalls von Raden.

Brennende Dörfer zeigen den Weg durch die Große Walachei, den der Russe auf seinem Rückzuge genommen hat.

Unter ungünstigen Wegeverhältnissen wetteifern die verbündeten Truppen in der Ebene, den Gegner nicht zu längerem Halt kommen zu lassen.

Am Gebirge leistete der Feind in besetzten Stellungen Widerstand. Sie wurden durchbrochen. Buzen ist genommen. 4000 Gefangene konnte die 9. Armee von gestern und vorgestern als Ergebnis melden.

Bei Fetesti haben stärkere bulgarische Kräfte die Donau überschritten.

Mazedonische Front.
 Teilvorstöße bei Paralovo und Gradetsnica (beiderseits des östlichen Cernaulofes) brachten dem Feinde lediglich Verluste.
 Patronisengeplänkel in der Struma-Niederung.
 Der Erste Generalquartiermeister, Ludendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 16. Dezember, abends.
 An der Somme geringe Gefechtsaktivität. Auf dem Ostufer der Maas seit vormittag starke französische Angriffe im Gange, bei denen der Feind Vorteile in Richtung Louvemont und Harcourt erlangte. Kampf noch nicht abgeschlossen.

Unsere Dobruška-Armee verfolgt den Feind, der unter Einwirkung des schnellen Vordringens in der großen Walachei seine Stellungen in letzter Nacht räumte.
 An Mazedonischer Front herrscht Ruhe.

Der österreichische Bericht.

Wien, 15. Dezember 1916. (W. Z. V.) Amtlich wird verkündet:

Ostlicher Kriegsschauplatz.
 Die Verbündeten haben in raubloser Verfolgung der weichenden Rumänen und Russen gestern Buzen genommen.

Nördlich von Buzen leistet der Feind noch Widerstand. Die Gefangenzahl der zwei letzten Tage beträgt abermals 4000 Mann.

Westlich und nordwestlich von Dena wird erbittert weitergekämpft. Südlich des Uz-Tales wurde den Russen eine vorübergehend von ihnen gewonnene Höhe im Gegenangriff wieder entziffen.

Nördlich des Gjobanod-Tales errang der Gegner einen örtlichen Vorteil.

In den Waldalpen ließ die russische Angriffstätigkeit nach.

Bei Konichy, südlich von Zborow, setzten sich österreichische Abteilungen auf 350 Meter Frontbreite in den Gräben der russischen Vorposten fest.

Italienischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz.
 Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Döcker, Feldmarschallentant.

Ruhige Kraft.

Wenn wilde Volkstämme in den Krieg ziehen, beschmieren sie ihre Gesichter mit Farbe, sie verziehen ihre Häupter mit allerlei abenteuerlichem Schmuck und stoßen angeekelt des Feindes unter Waffenschwingen ein fürchterliches Geheul aus. So wollen sie die Gegner durch Furcht entwaffnen. Auch die alten Germanen hielten noch viel von kriegerischen Verzerrungen, unter denen Wüffelhörner eine große Rolle spielten. Reste davon sieht man manchmal noch deutlich zwischen den Zeilen von Zeitungen hindurchschimmern, die auf ihre germanische Ahnenreihe besonders stolz sind.

Das „furchterregende“ Gerede und Geschrei sollte man sich abgewöhnen. Erstens einmal, weil man es nicht nötig hat und zweitens, weil es seinen Zweck verfehlt. Die Berichte von den Kriegsschauplätzen sind in jeder Zeile Zeichen der Kraft. Und doch entbehren sie aller „kriegerisch“ sein sollenden Verzerrung, sie sind sachlich und nüchtern.

Jetzt, da die Mittelmächte ihren Gegnern ein Friedensangebot gestellt haben, sollten wir erst recht die Tatsachen für sich allein sprechen lassen. Wenn die Gegner glauben, anders handeln zu müssen, so werden sie wohl ihre Gründe dazu haben. Aber es wäre ganz verkehrt, wenn wir auf diesem Gebiet mit ihnen in Wettbewerb träten. Was müßte z. B. ein deutscher Reichskanzler alles zusammen reden, wenn er einen Treppow überreffen wollte! Treppow nimmt Sonne, Mond und Sterne — will sie nehmen. Die deutschen Truppen nehmen inzwischen Vukarest und Buzen. Wollen nicht bloß — haben sie schon!

Darum — weil wir soviel können — dürfen wir ruhig eingestehen, daß es auch Dinge gibt, die wir nicht können. Wir können uns gegen eine Welt siegreich behaupten und den Gegner, der in unser Haus will, immer weiter in sein eigenes zurückdrängen. Der Welt den Fuß auf den Nacken setzen und ihr einfach diktieren: „Wir wollen das und das und das“ — können wir nicht. Darum sagen die Mittelmächte in ihrer Note auch, daß sie die Gegner nicht vernichten und nicht zerschmettern wollen und betonen, daß „ihre eigenen Rechte und begründeten Ansprüche nicht im Widerspruch zu den Rechten der anderen Nationen stehen.“ Die Note und die erklärende Rede des Reichskanzlers sprechen aus, was ist. Sie halten sich fern von überlautem Geschrei und bramarbasierendem Nebenswerk.

Darum hat die Mehrheit des Reichstages nach der Rede des Reichskanzlers schluß gemacht. Die Abstimmung über den Antrag Spaun war nur äußerlich ein formeller Akt, in Wirklichkeit war sie eine sachliche Abstimmung über den soeben vollzogenen Akt der Mittelmächte. Dem stimmte die sozialdemokratische Fraktion zu. Die Konservativen und ein Teil der Nationalliberalen stimmten ihm nicht zu: darum waren sie für Eröffnung der Debatte.

Das Volk wird ganz gut verstehen, daß das Volksspruchwort: „Reden ist Silber, Schweigen ist Gold!“ auch für Parlamente gilt. Parlamente legen ihr Hauptgewicht auf das Reden nur, solange sie ohnmächtig sind. Und aus demselben Grunde ist das Redebüchlein der Minderheit immer größer als das der Mehrheit. Denn die Mehrheit kann mehr tun als reden: sie kann handeln.

Daß der Reichstag die Note der Mittelmächte ohne langes Kriegszielgerede in die Welt hinausgehen ließ, war eine Tat. Denn wenn auch das Recht der Minderheit, sich auszusprechen, im allgemeinen nicht nur festgehalten, sondern auch verteidigt werden muß, so kann es in großen geschichtlichen Augenblicken höhere Rücksichten geben, denen das Recht der Minderheit weichen muß. Westarp und Wassermann werden schon zu Wort kommen. Zunächst sollen aber, vor den innern Gegnern des Friedensangebots, diejenigen das Wort ergreifen, an die es gerichtet ist. So hat der Reichstag die Rednerliste geändert.

Jetzt hat sich der Vorstand der nationalliberalen Fraktion in einer demokratischen Sitzung beim Reichskanzler darüber beklagt, daß die Friedensziele festgelegt worden seien, ohne daß das deutsche Volk dabei hätte mitwirken können. Wie stellt man sich diese Mitwirkung vor? Sie ist nur möglich auf dem Wege einer parlamentarischen Regierung und diesen Weg zu beschreiten; hat aber die nationalliberale Fraktion stets abgelehnt. Vielleicht betritt sie ihn jetzt, jetzt sie gegen den Kanzler, der das Friedensangebot gemacht hat, ein Mißtrauensvotum durch und verteidigt ihn solange jede Art der Mitarbeit, als er an seinem Amt festhält? Will sie das aber oder kann sie das nicht, was soll dann alles Gerede von „Mitwirkung“?

Blockadedurchbruch eines deutschen Handelsdampfers.

Die „Frankfurter Zeitung“ erfährt aus Kristiania, daß der große deutsche Dampfer „Prinz Friedrich“, der seit Kriegsausbruch vor Odessa bei Bergen lag, heute in Stavanger angekommen ist, nachdem er die englische Blockade von Bergen, wo zwei britische Torpedojäger und drei Torpedobootzerstörer lauerten, durchbrochen. Nach der „Frankfurter Zeitung“ war Prinz Friedrich seinerzeit auf einer Nordlandsbergungungsreise vom Kriegsausbruch überrascht worden.

Stavanger liegt an der norwegischen Küste südlich von Bergen, nicht mehr weit von der Einfahrt des Stagerfats. Der Name des Dampfers kann nicht vollständig sein, es gibt nur drei Dampfer „Prinz Eitel Friedrich“ und einen „Prinz Friedrich Wilhelm“, letzterer 17 082 Tonnen groß.

Glottenvermehrung auf Kosten der Neutralen

Rotterdam, 14. Dezember. (W. Z. V.) Dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ wird aus London gemeldet: Roberts teilte im Namen des Handelsamts im Unterhause mit, daß 28 Schiffe von neutralen Ländern in Anbau seien und daß ein Abkommen getroffen sei, demzufolge diese Schiffe, sobald sie fertiggestellt sind, im nationalen Sinne verwendet werden würden. Die Regierung hat die Macht, alle Schiffe, die in England gebaut werden, zu requirieren.

Die Vorgänge in Griechenland.

Gewisse Forderungen der Entente.
 London, 14. Dezember. Neutermeldung. Unterhaus. Lord Robert Cecil sagte in Beantwortung einer Frage, die Regierung der Alliierten seien sich der Gefahr, die eine Verzögerung der Lösung der unbefriedigenden Lage in Griechenland mit sich bringt, völlig bewusst. Sie seien im Begriff, der griechischen Regierung, um die Lage zu klären, gewisse Forderungen vorzulegen.

Revolte in Saloniki?

Sofia, 15. Dezember. (L. U.) Inverlässigen Meldungen zufolge sind in Saloniki auf mehreren Plätzen Feuersbrünste und Revolten ausgebrochen.

Die Konsuln der Mittelmächte auf Syra verhaftet.

Nach in Berlin eingetroffener, aus amtlicher Quelle stammender Nachricht sind Teile der Besatzung von Schiffen der Entente auf der Insel Syra gelandet und haben den dortigen deutschen, den österreichischen und den türkischen Konsul verhaftet. Der deutsche Wahlkonsul, ein Siebzigjähriger, ist 24 Stunden nach der Verhaftung an den Folgen der ihm zu teil gewordenen brutalen Behandlung gestorben.

Das Ultimatum der Entente.

London, 15. Dezember. Reuter erfährt, daß das Ultimatum der Alliierten an Griechenland, das heute überreicht wurde, heute um 3 Uhr nachmittags ablaufe.

Dennoch: Die deutsche Regierung hätte diesen großen Schritt nicht tun können, wüßte sie nicht, daß die große Mehrheit des Volkes ihn billigt. Und das weiß sie aus den Reden, die zu vor im Reichstag gehalten worden sind, aus einem sehr großen Teil der Presse, aus den Berichten über die Stimmung der Bevölkerung, die sie aus allen Orten empfängt. Weniger als sonst kann man von diesem Entschluß behaupten, daß der Volkswille nicht in entscheidender Weise an ihm mitgewirkt hat.

Darum bleibt auch innen wie außen jeder Einschüchterungsakt zwecklos. Drinnen wie draußen können sich die großen Ereignisse nur auf Grund einer nüchternen Einschätzung der wirklichen Kraftverhältnisse vollziehen. Drinnen wie draußen läßt sich keiner durch Ueberchwang imponieren. Hier wie dort sind es die Tatsachen allein, die letzten Endes maßgebend sind. Draußen reden sie aber so eindringlich, daß wir wahrhaftig nicht zu behaupten brauchen, was wir nicht beweisen können.

Wir haben in zweieinhalbjähriger schwerer Prüfung bewiesen, daß der Widerstand, den das deutsche Volk feindlichen Verächterungsabsichten entgegenstellt, unüberwindlich ist. Wir brauchen darum nicht zu behaupten und behaupten auch nicht, daß die Gegner nun gezwungen sind, jeden Frieden anzunehmen, den wir ihnen etwa — nach dem Belieben der großen Kriegsziele — aufzulegen gewillt wären. Darum haben die Mittelmächte ein Friedensangebot gestellt und kein Friedensgebot. Sie wollen verhandeln auf der Grundlage der Erkenntnis, daß ihre Rechte nicht im Widerspruch zu den Rechten anderer Nationen stehen, und stellen diesen anderen anheim, ihre Rechte auf der Konferenz, die sie vorschlagen, zu vertreten. So liegen die Dinge in Wirklichkeit, und wer sie anders darstellt, erleichtert das Spiel der feindlichen Kriegsverlängerer. Solchen Versuchungen Weisheit zu leisten, war aber nicht die Aufgabe der sozialdemokratischen Fraktion in der historischen Reichstags-Sitzung vom 12. Dezember.

Der Weltweg des Friedensangebots.

Auch heute befähigt eine drängende Flut von Telegrammen, daß das deutsche Friedensangebot in den Ländern aller Zonen die Stunde beherrscht. Das Bild, das sich gestern zeichnen ließ, hat sich im Kerne nicht verändert. Freude, Grimm und Bögen mischen ihre dissonierenden Stimmen. Die Regierungen und die Parteien suchen an der Sprache, die sie vor dem Angebot über Krieg und Frieden führten, auch in den Erklärungen und Deutungen festzuhalten, die sie dem neuen Ereignis geben. Man kann nicht sagen, daß sich demaskierende Ueberraschungen zeigten. Nur das eine ist für den Augenblick charakteristisch, daß die offenen und die verhehlerten Freunde der Entente abwartend ausschauen, wie England sich zu der Frage verhalten wird. So fest hat das Vorland des Weltkrieges seine Verbündeten heute noch in der Gewalt.

Wir kennzeichnen die Wegstation, die das Friedensangebot heute erreicht hat, durch die wichtigsten Nachrichten:

Die Friedensnote und Präsident Wilson.

London, 15. Dezember. Das Reutersche Bureau meldet aus Washington: Die deutsche Friedensvorschlagsnote befindet sich nun in den Händen des Präsidenten Wilson. Man erwartet, daß sie direkt an die Kriegführenden Mächte abgesandt werden wird.

London, 15. Dezember. (W. T. B.) „Daily News“ berichtet aus Washington: Wenn Lloyd George am 19. d. Mitt. die Worte Briand's behält, so werde Wilson es ablehnen, sich irgendwie mit dem deutschen Friedensangebot zu identifizieren.

Es besteht in den Vereinigten Staaten nicht die Absicht, sich mit anderen Neutralen zusammenzutun, um über die Lage zu beraten oder sich an die Entente zu wenden.

Bonar Law.

London, 14. Dezember. (Neutermelbung.) Unterhaud. Bei Besprechung der Friedensvorschläge sagte Bonar Law: Bei Begründung der letzten Kreditvorlage gebrauchte Asquith folgende Worte: „Sie, die Alliierten, verlangen, daß angemessene Genugtuung für die Vergangenheit und angemessene Sicherheit für die Zukunft vorhanden sein.“ (Unter Beifall.) Das ist immer noch die Politik und immer noch der Entschluß der Regierung seiner Majestät. (Erneuter, langandauernder Beifall.)

Snowden (Arbeiterpartei) fragte im Unterhaud, ob Gelegenheit gegeben werden würde, das deutsche Friedensangebot zu besprechen. Es wurde ihm von allen Seiten zugerufen: Nein!

Eine neue Erklärung Briand's.

Im französischen Senat, wo Clemenceau den Angriff, den Tardieu am Mittwoch in der Kammer gegen Briand richtete, wiederholen wollte, gab Briand, sichtlich erregt und abgepannt, vor den Senatoren eine Erklärung ab, die nach der „Nationalzeitung“ lautete:

„Ich bitte den Senat, die Interpellationen über die allgemeine Kriegsführung auf Dienstag zu versetzen. Ich befinde mich in einem Zustande der Ermüdung, den der Senat begreifen wird. Trotzdem habe ich dringende Maßnahmen zu treffen, die mich während mehrerer Tage vollauf beschäftigen werden.“

In der Kammerdebatte am Mittwoch sagte der Sozialist Mistral: Wir nehmen Kenntnis, daß Briand das deutsche Anerbieten als amtliches Dokument pflichtgemäß prüfen und sich eventuell mit den Verbündeten hierüber verständigen will. Aber wie immer die Entschlüsse des Entente ausfallen mögen, das französische Parlament wünscht, über die Kriegsziele der Entente unterrichtet zu werden. Die Kammersozialisten planen nach einer Meldung Lyoner Blätter eine eigene Kundgebung zum Anerbieten der Mittelmächte.

Englands Ruffentreue.

Rotterdam, 15. Dezember. (W. T. B.) Der Londoner Korrespondent des „Nieuwe Rotterdamchen Courant“ gibt seinem Blatt nach folgenden ergänzenden Stimmungsberichten aus London: Die Nachrichten aus Amerika über die Friedensbedingungen hätten in England keinen guten Eindruck gemacht. Wenn der Friede nur durch Russlands Wunsch, Konstantinopel zu bekommen, zustande kommt, würde das Bündnis mit Russland sicher auf einigen Widerstand stoßen; aber solange Deutschland den Plan habe, russisches Gebiet zu behalten oder ein Königreich Polen aufzurichten, bestehe keine Aussicht, daß das englische Publikum Russland untreu werde.

„Westminster Gazette“ schreibt in einem Leitartikel: Die Deutschen rechnen offenbar darauf, daß die Amerikaner, wenn Belgien wiederhergestellt und Frankreich geräumt ist, kein Gewicht mehr darauf legen werden, was in Russland und Osteuropa vorgeht. Wenn diese Annahme richtig ist, so müssen wir von Anfang an jeden Zweifel darüber beseitigen, daß wir in Russland einen so treuen Freund haben, wie es uns gewesen ist.

Französische Stimmen.

Rotterdam, 15. Dezember. (Z. U.) Nach Meldungen aus Paris schreibt Tardieu im „Temps“ am Schluß eines Artikels über den deutschen Friedensantrag: „Laßt uns, um Frieden zu erlangen, Krieg führen.“ Tardieu macht verschiedentlich Anspielungen, welche als Kritik auf Briand gemünzt sind. Auf derselben Blattseite noch sagt der „Temps“ dann über die innere Politik in einem anderen Aufsatz: Briand hat sich gestern trotz des Sturmlaufes der Opposition gehalten. Die Regierung und das Parlament müssen jetzt für das Vaterland zusammenarbeiten.“

Mars am Scheidewege.

Der „Avant“ zur deutschen Friedensnote.

Bern, 14. Dezember. (W. T. B.) „Avant“ schreibt unter der Ueberschrift „Mars am Scheidewege“: Die offizielle Einladung der Mittelmächte, in Friedensverhandlungen einzutreten, ist mit offener Feindseligkeit aufgenommen worden. Mit einer höchsten Leichtfertigkeit, welche die Wäcker der öffentlichen Meinung auszeichnet, haben sie sich schon endgültig ausgesprochen; bevor noch die Verantwortlichen in der Lage sind, nach Abschätzung aller Kräfte ihre Gedanken zu äußern, haben die Unverantwortlichen bereits ihr Verdict abgegeben. Sie sagen: Deutschland will uns lächeln. Es handelt sich um einen deutschen Frieden, der weit entfernt ist vom Frieden Europas. Wir sagen dagegen, wir wissen nicht, ob der von Bethmann vorgeschlagene Friede wirklich ein Friede ist, den einige als deutsch definieren. Was jetzt ist von seiner Seite eine konkrete Lösung vorgeschlagen worden. Dies ist das erste Mal, daß eine Möglichkeit, die Waffen niederzulegen und die Lösung des Konflikts diplomatischen Verhandlungen anzuvertrauen, erscheint. Wir sagen, daß es, wie auch die Beweggründe ausgelegt werden können, unsinnig, absurd und toll wäre, sich von vornherein ablehnend zu verhalten. Deutschland hat den psychologischen Augenblick zu finden gewußt, um seinen Vorschlag zu machen. Ihn ohne Erörterung abzulehnen, würde heißen, den Mittelmächten einen moralischen und politischen Vorsprung zu geben, den sie sicher ausnützen würden, nicht nur für ihre innere Lage, sondern auch gegenüber der öffentlichen Meinung der neutralen und der feindlichen Länder. Wir wollen hoffen, daß diese Erwägungen, die von einem großen Teil des italienischen Proletariats geteilt werden, auch bei denen, die mehr Verantwortung haben, als Journalisten ohne Verantwortung, Berücksichtigung finden werden. Wenn das nicht wäre, wenn die Leiter der Regierung sich von vornherein auf eine kategorische Weigerung verließen würden, so (Zensur!) Die Regierung müßte unangenehme Gründe haben, um eine derartige Haltung zu rechtfertigen. Sie müßte nicht nur des Niederleges, sondern auch der vollkommenen Uebereinstimmung mit den Alliierten in den künftigen diplomatischen Verhandlungen sicher sein.

Die Sonderstellung der „Humanité“.

Aus Kopenhagen wird der „Nationalzeitung“ gestern gemeldet: Die „Politik“ aus Paris erfährt, nimmt inmitten des einmütigen Lobes dem deutschen Friedensvorschlag gegenüber nur die „Humanité“ eine Sonderstellung ein. Dieses Blatt hat nämlich eine große sozialdemokratische Versammlung einberufen, die sich mit dem Friedensangebot Deutschlands beschäftigen soll, und es erklärt, daß es den genauen Wortlaut der Rede des Reichskanzlers wissen wolle, bevor es sich über Deutschlands Friedensvorschläge äußere.

Nicht nur in Frankreich wird der genaue Wortlaut der Rede Bethmanns der Öffentlichkeit vorenthalten. Aus Bern meldet Wolff: Alle hier eingetroffenen italienischen Zeitungen bringen den Bericht der Agenzia Stefani über die Kanzlerrede als Züricher Depesche, aber überall fehlt der Passus, daß Deutschlands wirtschaftliche Sicherheit außer aller Frage steht, der Hinweis auf die Größe der rumänischen Entente und der Satz: Das Hungergepeß, das unsere Feinde gegen uns aufrufen wollten, werden sie nun selbst nicht los. Teils vollständig weggelassen, teils unvollständig wiedergegeben sind die Sätze über die inneren wirtschaftlichen und moralischen Kräfte Deutschlands.

Belgische Sozialisten für den Frieden.

Amsterdam, 15. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Das in Amsterdam erscheinende Organ der belgischen Sozialdemokratie, der unter dem Einfluß von Camille Huysmans stehende „Socialiste belge“, bepricht in dem Leitartikel seiner heutigen Ausgabe das deutsche Friedensangebot und kommt zu dem folgenden Ergebnis: „Wenn Deutschland — abgesehen von einem selbständigen Polen und Litauen — die Wiederherstellung des Zustandes von vorher und die Aufriktion eines Völkerbundes will, können die Friedensverhandlungen beginnen.“

Der neue englische Kriegskredit angenommen.

London, 14. Dezember. (W. T. B.) (Neutermelbung.) Das Unterhaud hat den geforderten Kredit von 400 Millionen Pfund Sterling einstimmig angenommen.

London, 14. Dezember. (W. T. B.) Unterhaud. Bei Einbringung der geforderten Kredite in Höhe von 400 Millionen Pfund schloß Bonar Law die Gesamtansgabe des Finanzjahres 1916/17 auf 1915 Millionen Pfund. Das Wachstum der Ausgaben, die jetzt täglich 5 Millionen 710 000 Pfund betragen, sei in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß die Anleihen an die Alliierten und die überseeischen Dominions, die jetzt ihre Ausgaben selbst finanzieren, 400 000 Pfund täglich zuzunehmen hätten. Diese Vorläufe seien ebenso gut zu den Kriegsausgaben zu rechnen, wie die bei der Ausrüstung der eigenen Truppen entstehenden Ausgaben. Die Schneelligkeit, mit der man den Krieg zu einem siegreichen Abschluß bringen könne, hänge zum großen Teil von dem Anfang ab, in welchem die Hilfsmittel der Alliierten an Menschen, Geld und Munition dienstbar gemacht und der gemeinsamen Sache zugeführt werden könnten.

Bonar Law machte sodann Ausführungen über die ungeheure Zunahme der Munitionszugung, wobei er sagte, wenn er die Zahlen für 1915 und für heute angeben könne, so werde der Unterschied beinahe ungläublich erscheinen. Er erklärte sodann, es seien bei dem Posten für verschiedene Ausgaben erhebliche Ersparnisse gemacht worden, besonders mit Bezug auf Lebensmittel und Eisenbahnen in Großbritannien.

Die Gesamtansgabe seit Kriegsbeginn betrage drei Milliarden 852 Millionen Pfund, was eine gewaltige Zahl sei, doch halte er sie nicht für erschreckend. Er glaube, daß England seine Ausgaben in demselben Grade lange genug fortsetzen könne, um den Feind zu schlagen. Es würde nicht an finanziellen Gründen liegen, wenn England den Sieg nicht erlangen sollte.

Drei Arbeiterpartei-englische Unterstaatssekretäre.

Amsterdam, 15. Dezember. (W. T. B.) Einem hiesigen Blatte wird aus London gemeldet, daß drei Arbeiterpartei-Unterstaatssekretäre in der neuen Regierung ernannt

wurden. Trace bleibt parlamentarischer Unterstaatssekretär für innere Angelegenheiten, Roberts wird Parlamentssekretär des Handelsamtes und Walsh „Junior-Lord“ des Schatzamtes.

Hendersons „unentbehrlicher Asquith“.

IK. Am 1. Dezember sprach Arthur Henderson, damals noch als Pensionsminister, in einer Arbeiterberathung in Northampton. Er eröffnete hiermit die Agitationstour für den Krieg, um der Friedenspropaganda der J. L. P. entgegenzuwirken. Es ist interessant zu sehen, wie er — wenige Tage vor dem Sturze des Koalitionsministeriums über dieses dachte. Er sagte aus:

„Im Lande herrscht viel Unzufriedenheit über die Kriegslage. Es gibt Leute, die der Ansicht sind, daß die Regierung hierfür verantwortlich sei. Der Zweck meines Besuchs in Northampton ist, euch zu erlauben, euer Vertrauen nicht nur dem Ministerium weiter zu schenken, sondern auch der heiligen Sache, der wir seit 29 Monaten unter Verlust gegeben haben. Ich bitte euch, mir eine Postkarte der Zustimmung an Herrn Asquith mitzugeben, denn ich darf ohne weiteres sagen, ... daß Herr Asquith der unentbehrliche Mann ist, um uns bis zu Ende dieses Krieges zu führen und erfolgreich zu führen.“

Sechs Tage nach dieser Rede war Henderson Mitglied eines Kabinetts, das den unentbehrlichen Mann über Bord geworfen hatte.

Sehr große Meinungsstetigkeit verrät ein solches Auftreten nicht, wenn man schon davon absieht, es auf einen Charakterfehler zurückzuführen.

Sozialistische Anträge in der letzten Sesssion der französischen Kammer.

Die „Humanité“ vom 9. Dezember 1916 bringt die Anträge — oder sogenannte „Tagesordnungen“ — der Mehrheit und Minderheit der sozialistischen Fraktion beim Abschluß der geheimen Beratungen der französischen Kammer. Der Antrag der Mehrheit, unterzeichnet von Renaudel und Genossen, lautet:

„Die Kammer ist entschlossen, den Krieg, den die Mittelmächte Europa auferlegt, ohne Wanken fortzuführen, bis Deutschland und dessen Verbündete ausdrücklich die Bedingungen angenommen haben, die für einen dauernden und organisierten Frieden nötig sind, der die Unabhängigkeit der Völker und das Gleichgewicht der Welt sichert.“

Sie nimmt in dieser Hinsicht Kenntnis von den Erklärungen des Ministerpräsidenten sowie von den Beschlüssen der Regierung über die Umgestaltung des Oberbefehls und über die Bildung eines Kriegsaussschusses.

Sie beschließt: Es wird der nationalen Verteidigung ein kraftvoller Anstoß gegeben durch die Konzentration der Machtbefugnisse, durch die Vereinfachung des politischen und verwaltenden Apparats, durch Feststellung der Verantwortlichkeiten und Anordnung der Verordnungen auf militärischem und zivilem Gebiete.

Die Kammer ladet die Regierung ein: 1. Eine Nationalversammlung einzuberufen, um dem Lande das Mittel zu geben, seine Kriegsverfassung zu begründen; 2. zusammen mit den Verbündeten die Einheitlichkeit der diplomatischen Auffassungen tatsächlich zu verwirklichen, um zu einer Einheitlichkeit der militärischen Aktion zu gelangen; 3. die methodische Anwendung und Bergemeinschaftung (mise en commun) der Verbände an Menschen, an Material, an Subsidien, an Opfern sollen in erster Reihe im Kriegsplane vorbereitet werden.“

Der Antrag der Minderheit, unterzeichnet von Compère-Morel, Pressmane, Longuet, Mistral, Deguise usw., lautet:

„Die Kammer bedauert die Fehler, die sowohl auf militärischem wie diplomatischem und wirtschaftlichem Gebiete in der Kriegsführung begangen worden sind. — Fester, die zum Ergebnis haben, daß Verluste verursacht worden sind, die zum Teil hätten vermieden werden können.“

Sie spricht bewegten Herzens ihren Dank den Truppen aus, deren übermenschlicher Heldennut in glorreicher Weise die Freiheit Frankreichs und der Welt gesichert hat.

Sie ladet die Regierung ein, kraftvolle und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um 1. die nationale Verteidigung auf das Höchstmögliche zu steigern durch eine bessere Ausnutzung aller Hilfsquellen des Landes; 2. die Bergemeinschaftung der Verbände an Menschen und Material, über die die Alliierten verfügen, durchzuführen, insbesondere die Einheit der Wehrpflicht, um eine Gleichheit der Opfer durchzusetzen; 3. eine den republikanischen Ueberlieferungen entsprechende innere Politik zu treiben; 4. die nötige Uebereinstimmung unter den Alliierten zu erlangen, um den Völkern der Entente die Kriegsziele zu verdeutlichen, die auf der Befreiung, dem Recht und der Unabhängigkeit der Völker begründet sind, und um eine Gemeinschaft der Nationen herzustellen, die so organisiert ist, daß hierdurch die Wiederkehr der Gewalt- und Angriffspolitik verhindert wird. Schließlich: um die Verantwortlichkeit für die Verlängerung des Krieges auf diejenigen Nationen zu legen, die diese wesentlichen Grundzüge nicht anerkennen, erklärt die Kammer, daß sie sowie die verbündeten Regierungen jeden allgemeinen Vorschlag über Friedensvermittlung entgegennehmen werden, der auf diesen Grundfragen beruht, wobei es selbstverständlich ist, daß sie an die Möglichkeit eines Friedens nicht denken kann, der die Gebietsverehrlichkeit Frankreichs, Belgiens, Serbiens und Rumaniens nicht rückhaltlos achtet; über Elsass-Lothringen, dessen Wäcker zur französischen Nationalität wir wünschen, soll sofort eine Untersuchung durch ein Schiedsgericht vorgenommen werden.“

Ein dritter Antrag wurde vom sozialistischen Abg. Lebel eingbracht, der aber nur eine kurze Zusammenfassung des Antrags Renaudels ist.

Die Kriegsfinanzen Italiens.

Rom, 15. Dezember. (Stefani.) In der Kammer erklärte Finanzminister Carcano, daß die Ausgaben des am 30. Juni 1916 abgelaufenen Finanzjahres 10 625 Millionen Lire, darunter 7365 Millionen Lire direkte Kriegsausgaben, betragen haben. Die Einnahmen beliefen sich auf 3784 Millionen Lire, die Anleihen auf 6123 Millionen Lire, der Fehlbetrag auf 768 Millionen Lire. Die wirtschaftlichen Verhältnisse seien sehr gut und die Lennerung sei geringer als in anderen Ländern. Die Gesamteinnahmen in den Sparkassen überstiegen heute bei weitem acht Milliarden Lire. Der Roten-umlauf habe seit 31. Oktober 1915 um 110 Millionen Lire zugenommen, außer den für Staatsrechnung ausgegebenen Noten, die hauptsächlich für Getreideeinkäufe Verwendung fanden. Die Metallreserven beliefen sich auf 1702 Millionen.

Lugano, 15. Dezember. (Z. U.) Anlässlich des Friedensangebotes hebt der „Avant“ aus dem Budget hervor, daß der Krieg Italien bereits 20 Milliarden gekostet habe ungerneher aller jener Verluste, die nicht als direkte Kriegskosten bezeichnet werden können. Italiens Passiven für 1916/1917 betragen 4800 Millionen Lire.

Das dänische Volk für den Verkauf der westindischen Inseln.

Kopenhagen, 14. Dezember. (W. Z. B.) Bei der heutigen Volksabstimmung über die Abtretung der dänisch-westindischen Inseln an die Vereinigten Staaten stimmten 289 691 für und 137 596 gegen die Abtretung.

Die Frage ist als: Bereits einmal wurde unter einem Ministerium der Rechte der Verkauf debattiert, und es sind gerade neuerdings allerlei erbauliche Tatsachen ans Licht gekommen über die damalige Finanzierung und Finanzierung des Planes. Dänemark hat mit diesen Kolonien nichts anzufangen gewußt, sie waren eine Last für das kleine Land, sie hatten keine Entwicklung, und die Lage der Eingeborenen — wenn man diese ehemals importierten Negersklaven so nennen will — war weder befriedigend noch wirtschaftlich. Für die Vereinigten Staaten aber haben die Inseln als Flottenstützpunkt für den Panamakanal und Basis im westindischen Inselmeer offenbar erheblichen Wert. Sie wollen 100 Millionen Dollar dafür zahlen. Sichtlich hat der Yankee auch genügend dafür gezahlt, daß die leicht beeinflussbare Negerbildung sich eine goldene Zukunft unter der neuen Herrschaft verspricht. Die Stimmung auf den Inseln — besonders auch unter der Arbeiterschaft — war jedenfalls für den Verkauf.

Die an sich nicht gerade erhebliche und für Dänemarks Entwicklung gewiß durchaus sekundäre Frage hätte beinahe zu einem Ministerkrisis in dem Lande geführt, das mit kluger Hand allen Komplikationen des Weltkrieges sich entziehen konnte. Die nationale Überzeugung keine Schichten, die im Traben zu fischen gedachten, die Heberei einer gewissen Presse und das Spiel der Rechten wie der Linken, die beide dabei an Stelle der von der Sozialdemokratie gestützten Radikalen aus Ruder zu kommen hofften, schienen eine Zeitlang die innere Ruhe Dänemarks erheblich zu bedrohen. Aber man besann sich unter dem Druck der Kriegslage rechtzeitig, wies jedes Experiment und das radikale Ministerium blieb an der Regierung, verstärkt durch Minister aus allen anderen Parteien, auch aus der Sozialdemokratie. Statt einer Neuwahl des Parlaments auszuschreiben, hatte über den Inselverkauf eine Volksabstimmung zu urteilen.

Zum ersten Male kam bei dieser Gelegenheit in Dänemark die Volksabstimmung zur Anwendung. Zum erstenmal stimmte auch wirklich das Volk ab — das neue Verfassungsgesetz trat dabei in Kraft: Männer und Frauen, die das 20. Jahr vollendet hatten, waren stimmberechtigt. Man schätzte ihre Gesamtzahl auf 1 200 000 bis 1 300 000, wovon dann allerdings nur etwa ein Drittel sich an der Abstimmung beteiligte hatten.

Die Volksabstimmung hatte die Frage des Inselverkaufs moralisch zu entscheiden, das letzte Wort hat der Reichstag. Insofern liegt auch nur ein Sieg des Prinzips vor.

Ein entscheidender Sieg des Ministeriums Jähle.

Kopenhagen, 15. Dezember. (W. Z. B.) Die gestrige Volksabstimmung, die eine bedeutende Mehrheit für den Verkauf der dänisch-westindischen Inseln an die Vereinigten Staaten ergab, beansprucht ein besonderes politisches Interesse, weil die dänischen Frauen dabei zum ersten Male ihr politisches Stimmrecht ausüben durften, das ihnen in der neuen Verfassung gewährt wird. Von stimmberechtigten Frauen beteiligten sich ungefähr vierzig Prozent an der Volksabstimmung. Das Ergebnis der Abstimmung stellt einen entscheidenden Sieg des Ministeriums Jähle dar, dessen Stellung sehr, nachdem während des Krieges zum ersten Male dem Volke die Gelegenheit gegeben war, seine politische Meinung auszusprechen, gefestigter denn je ist.

Wirtschaftseinigungen in Europa.

Mitteleuropa.

In der Schlußsitzung der Konferenz der mitteleuropäischen Wirtschaftsbereine wurde auch ein Antrag angenommen, die Regierungen der verbündeten Staaten zu ersuchen, in Verhandlungen über die Verwirklichung einer wirtschaftlichen Annäherung einzutreten und diese so zu führen, daß vor dem Beginn der Friedensverhandlungen eine Einigung erzielt werde. Weiter wurde auch die Öffnung angedacht, daß Bulgarien und die Türkei sich der wirtschaftlichen Annäherung Deutschlands und Österreich-Ungarns anschließen würden.

Im Verlaufe der Verhandlungen führte der erste Vortragsredner Geheimrat Wolf aus: Handelspolitisch vermag das Handelsabkommen Deutschlands und Österreich-Ungarns für beide Länder viel Günstliches zu leisten. Bei Verhandlungen mit dritten Staaten soll die Aufgabe zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn verteilt werden, um mehr Zugeständnisse zu erlangen. Handelsverträge, die bisher bloß mit Deutschland geschlossen worden sind, sollen zukünftig in größerer Zahl auch mit Österreich-Ungarn geschlossen werden. Österreich-Ungarn bedarf einer starken Hebung seiner Ausfuhr, damit seine passive Handels- und Zahlungsbilanz in eine aktive verwandelt wird. Das ist eine Lebensfrage für Österreich-Ungarn. Vorgeordnet ist einer solchen Handelspolitik des Einverständnisses durch die in den letzten Monaten geschlossene Vereinigung des Zolltarifsystems, die eine alte Forderung der mitteleuropäischen Wirtschaftsbereine vertritt. Die Verwirklichung dieser Aufgabe in verhältnismäßig kurzer Zeit eröffnet die Aussicht auf ein Gelingen des handelspolitischen Werkes auch in seinen anderen Teilen.

Entente-Staaten.

Sie aus Paris gemeldet wird, wird heute die auf der Wirtschaftskonferenz im Juni beschlossene allgemeine technische Konferenz der Alliierten ihre erste Sitzung abhalten zur Vorbereitung der Vereinheitlichung der Gesetzgebung in den Ländern der Alliierten betreffend die Erfinderpateute, Fabrikmarken usw.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Die Bahnstrecke Bularezi—Fetecei erreicht.

Sofia, 14. Dezember. Amtlicher Bericht. Rumänische Front. In der Dobruđa eine geringe Artilleriefeuer und Patrouillengefächte. In der östlichen Walachei dauert der Vormarsch der verbündeten Heere fort. Vorgehobene Abteilungen unserer Truppen, die die Donau bei Tulcraan, Giurgiu und Cernavoda überbrücken, haben die Bahnstrecke Bularezi—Fetecei (südlich der Jalomita und der Bahn Ploesti—Cernavoda) erreicht.

An der Front am Schwarzen Meer beschossen russische Schiffe Valsick; vier Einwohner wurden getötet und fünf verletzt. Razedonische Front: In der Gegend von Monastir (Bitola) geringes Artilleriefeuer. Die letzten einen feindlichen Bestechen südlich von Monastir (Bitola) in Brand. Im Cernavoda lebhaftige Tätigkeit der feindlichen Artillerie, besonders um

Paraloba. Deslich von der Cerna schlugen wir einen feindlichen Angriff zwischen Gradetska und Arnova zurück. In der Gegend von Naglena schwach feindliche Artilleriefeuer. In beiden Seiten des Warbar geringes feindliches Artilleriefeuer und lebhaft, aber wirkungslos Tätigkeit der feindlichen Flieger über und hinter unseren Stellungen. An der Front der Velasica Planina Artilleriefeuer und Patrouillengefächte. In beiden Seiten der Struma vereinzelte feindliche Kanonenschüsse und keine Patrouillengefächte.

An der Front am Begaßischen Meer, in der Gegend von Drama ergebnislos feindliche Lufttätigkeit. Bei Dogat schossen wir ein französisches Flugzeug ab. Seine Insassen, der französische Leutnant Jean Rechad und der Unteroffizier Jean Legaleski, wurden gefangen genommen.

Der türkisch-Kriegsbericht.

Konstantinopel, 15. Dezember. Amtlicher Heeresbericht vom 14. Dezember. Kein wichtiges Ereignis auf den Fronten.

Stellvertretender osmanischer Oberbefehlshaber.

Vorankündigung der Bewaffnung von Handelsschiffen.

London, 15. Dezember. Reuter meldet: In Erwiderung auf eine Anfrage im Unterhause, ob die Alliierten eine Kollektivnote an die Neutralen über die Zulassung von Handelsschiffen, die zum Schutz gegen feindliche Unterseeboote bewaffnet seien, in die neutralen Häfen in Erwägung gezogen hätten, sagte Lord Cecil:

Zu Beginn des Krieges hätte die Regierung den Regierungen der neutralen Seemächte ihre Ansicht über die gesetzliche und geschichtliche Berechtigung für die Bewaffnung von Handelsschiffen zur eigenen Verteidigung auseinandergesetzt. Seitdem sei sie, so oft sich Gelegenheit bot, über diesen Gegenstand mit den Regierungen der Länder in Verhandlungen geblieben, die die zur Verteidigung bewaffneten britischen Handelsschiffe hätten anlaufen müssen. Von allen Regierungen, an die man herangetreten sei, hätte bis jetzt nur eine einzige die Zulassung zur Verteidigung bewaffneter Schiffe in ihre Häfen versagt, und sogar diese Regierung bestreitet nicht die Gesetzmäßigkeit der Bewaffnung von Handelsschiffen zum Zweck der Verteidigung.

Flugzeugverluste im November.

Ein englisches Telegramm aus Carnarvon vom 6. Dezember 1916 berichtet, daß die Leistungen der deutschen Flieger im Monat November geringer gewesen seien, als in den vorhergehenden Monaten. Die Engländer hätten 24 deutsche Apparate vernichtet, 7 erbeutet und 26 beschädigt, außerdem hätten Marineflugzeuge noch 5 Flugzeuge abgeschossen. Diefem Bericht stellt eine amtliche Veröffentlichung andere Angaben über eigene und feindliche Flugzeugverluste im Monat November gegenüber.

Gegenüber einem eigenen Gesamtverlust von 27 Flugzeugen auf der Westfront vor und hinter der Kampffront verloren die englischen und französischen Flieger ebenfalls an der Westfront im ganzen 90 Flugzeuge, davon fielen 39 in unsere Hand, und zwar 27 englische und 12 französische; 50 wurden jenseits der feindlichen Linien erbeutet, 1 jenseits der Linien zur Landung gezwungen.

Der Krieg auf der Donau.

Aus dem Wiener Kriegspressequartier wird gemeldet: Die österreichisch-ungarische Donauflottille bestand sich schon seit dem Spätherbst 1916 auf der unteren Donau, wozu sie den Weg durch die Klammung der unter rumänischer Duldung von den Russen unterhalb des Eiernes Loos ausgelegten Minenfelder eröffnet hatte. Ihr Erscheinen bei Kladowa genigte damals, um die bei Turn-Severin anwesenden russischen armerierten Dampfer zum schleunigsten Rückzug zu veranlassen. Unter dem Schutze unserer auf die Häfen am rechten Ufer bei Ruschik verteilten Monitore und armerierten Dampfer entwickelte sich der hochbedeutende Verkehr auf dem Stromteil der „Vollanstraße“. Seit im Frühjahr 1916 die Haltung Rumäniens neuerlich bedenklich wurde, ging die Flottille unter ihrem hervorragenden Führer Vintenschiffskapitän Lucici daran, sich im Welene-Kanal aufwärts von Sifto ein durch die Insel Perina gebildetes Lager einzurichten.

Mit steigender Kriegsgelahr sah sich das I. und II. Armeekorpskommando vor einen schwierigen Entschluß gestellt. Sollte die Flottille im Bereich des Welene-Kanals belassen oder über das Eiernes Tor hinaus zurückgenommen werden? Bei unserer Heeresleitung gab einzig das schon damals als allein maßgebend erkannte Ziel den Ausschlag, in einem Kriege gegen Rumänien von Süden her die Donau zu forcieren und hierfür die Donauflottille zur Stelle zu haben. Aus diesen Anschauungen heraus wurde darauf verzichtet, die Flottille stromaufwärts in Sicherheit zu bringen — sie hatte mit dem Gros auf der unteren Donau zu verbleiben, in unmittelbarer Nähe jenes Stammes, der für einen künftigen Donauübergang in Betracht kam — bei Sifto. Dortin wurde von uns das für den Stromübergang nötige Brücken- und Pontonmaterial auf dem Donauwege gebracht, an den Augen der Rumänen vorbei.

Am 20. August, um 1/10 Uhr abends, sprengten die Rumänen bei Ruschik mittels eines Torpedos einen Knapp vor dem Kommandantenschiff liegenden Schlepper in die Luft. Eine Stunde später hatte Vintenschiffskapitän Lucici die Kunde von der Kriegserklärung in den Händen. Die Monitore zogen sich auf dem Wege Giurgiu—Jinnica beschießend in den Welene-Kanal zurück. Nur die vom Korvettenkapitän Trudloff befehligte Gruppe nahm nach Beschießung von Turn-Severin und der Eisenbahnbrücke von Verciorova unter schwerstem Feuer der rumänischen Batterien Kurs nach Drovoia, wo sie fortan erfolgreich an den Kämpfen der Landstreitkräfte teilnahm.

Aus ihrem Schlupfwinkel im Welene-Kanal unternahm Teile des kleinen Geschwaders unter ihrem wagemutigen Kommandanten eine Reihe von Streifzügen. Korabia, Turn-Magurele, Jinnica, Giurgiu und zahlreiche andere Uferstriche wurden aufgesucht, und nie gab es eine Heimkehr ohne Erfolg und ohne Beute. Den größten Ruhmesakt werden für unsere Monitore die Tage von Kladova und die ihnen folgende Eroberung der Insel Cinghinarele bilden (1. bis 10. Oktober). Die Entente hat, wie erinnerlich, den Vorstoß, den die Rumänen damals plötzlich von Tulcraan auf bulgarisches Gebiet unternahm, mit schmetternden Kanaren begrüßt. Wenn diese, gewiß bedeutende Aktion mißlang, so war hierbei nach den Worten des Feldmarschalls Radenens das Verdienst der Donauflottille auszulagern.

Die Aufgaben, welche die Flottille während des großen Donauüberganges zu erfüllen hatte, waren niebreiter. Bei Turn-Magurele mußte sie demonstrierend stromauf- und -abwärts der Stützpunkte den Uebergang sichern. Vor allem aber fiel ihr, da die Flottille die Wirkung der auf dem Südufer bereitgestellten Artilleriemassen fast ausglich, die Aufgabe zu, die artilleristische Einleitung des Ueberganges durchzuführen. Der Donauübergang erfolgte so überraschend, daß der Feind nicht in die Lage kam, ernsthaften Widerstand zu leisten. Ein paar Maschinengewehre wurden durch die Monitore beschossen und zum Schweigen gebracht. Selbstverständlich mußte nach geschicktem Stromübergang eine Monitorgruppe stromabwärts den längs der Donau vorrückenden rechten Flügel der Donauarmee

beden, und die Kämpfe südlich von Bularezi bedingten auch für die Flottille noch einige heiße Tage.

Gleichzeitig wurde ein anderes bedeutendes Werk vollendet. Eine Woche nach Jinnica war dank der rastlosen Arbeit unserer Monitore und Pontoniere der Strom bis Ruschik hinab für die Schifffahrt frei, und all dies konnte geschehen, ohne daß sich die rumänische Donauflottille irgendwie bemerkbar gemacht hätte. Sie mag sich heute auf der unteren Donau abwärts von Cernavoda herumtreiben, einer Begegnung mit dem Geschwader des Vintenschiffskapitän Lucici ist sie von Anfang an aus dem Wege gegangen. Österreich-Ungarns Kriegsschiffe sind frei und hochgemut auf der befreiten Donau.

Der Seekrieg.

Verluste der feindlichen Kriegsschiffe.

Mit dem kürzlichen Untergang des „Suffren“ ist, nach Angabe der „N. N.“, die Zahl der seit Kriegsbeginn seitens der Kriegsschiffe unserer Feinde verlorenen Schiffe und Fahrzeuge, einschließlich Unterseeboote, aber ausschließliche Spezialschiffe, Hilfskreuzer und für Hilfskreuzer und für Hilfszwecke eingestellte Schiffe und Fahrzeuge der Handelsmarine gestiegen auf 192 von zusammen 744 600 Tonnen.

An diesem Verlust ist beteiligt:

England mit 123 Schiffen usw. von 563 200 Tonnen		
Frankreich	29	53 900
Italien	20	63 600
Rußland	16	54 800
Japan	4	9 100

Verseht. Meldung der Agence Havas: Die Dampfer „Maggellan“ (6027 Tonnen) und „Sinai“ (4624 Tonnen) sind von einem Unterseeboot versenkt worden. „Temp“ berichtet aus Vissalon: Vierzehn Ueberlebende des versenkten italienischen Dampfers „Ezemplar“ wurden in Caccala aufgeschifft. Ein zweites Boot mit zwölf Mann und dem Kapitän fehlt noch. „Asienposten“ meldet aus Christianfund: Der schwedische Dampfer „Kala“ (2129 Tonnen) aus Helsingborg, im Ballast auf der Reise von Ralsind nach England, ist Mittwoch abend 60 Meilen westlich Stagen auf eine Mine gestoßen und gesunken. Das eine Boot mit dem Kapitän und acht Mann der Besatzung ist in Christianfund eingetroffen, das andere Boot mit 13 Mann wird noch vermisst. Lloyd's meldet, daß der Dampfer „Harlington“ (1080 Tonnen) aus London am 9. Dezember versenkt und seine Mannschaft von dem Dampfer „Harlyn“ (1794 Tonnen) aus London aufgenommen worden sei; dieser sei gleichfalls versenkt worden. Ferner wurden versenkt der englische Dampfer „St. Ursula“ (5011 Tonnen), am 30. November der englische Schoner „Roma“ aus St. Johns (Newfoundland), dann (dem Gerücht nach) das portugiesische Segelschiff „Vragiella“, das Segelschiff „Emma Laura“ (2152 Tonnen), sowie die englischen Dampfer „Bunhova“ (1941 Tonnen) und „Breivalda“ (4037 Tonnen) und laut „Welt Parisien“ das Schiff „Auguste Marie“.

Kleine Kriegsnachrichten.

Der Kaiser soll nach dem „Lokal-Anzeiger“ in Wülhausen i. E. am 13. d. M. eine Ansprache an die Truppen gehalten haben, in der er sagte, es freue ihn besonders, daß er ein pommerisches Regiment hier wiedersehe, dem er im Frühjahr schon Worte der Anerkennung habe aussprechen können, und daß dieses Lob inzwischen durch neue Taten von neuem gerechtfertigt und dem Feind gezeigt habe, was pommerische Kräfte bedeuten. In dem Gefühl, daß wir absolut die Sieger sind, habe er nun gestern dem Gegner den Vorschlag gemacht, sich mit ihm über weiteren Krieg oder Frieden zu unterhalten. Was dabei herauskommen werde, wisse er noch nicht. Es sei aber jetzt an ihnen gelegen, wenn der Kampf noch weitergehe. Glauben sie noch immer nicht genug zu haben, nun dann weiß ich, werdet ihr. Und hier — so meldet der „Lokal-Anz.“ — schloß der Kaiser mit einer soldatischen Wendung, die ein grimmiges Lächeln auf den Gesichtern all seiner Mannen hervorrief.

Die Kriegsinindustrie in Italien. In Italien hat sich während der 18 Monate, die der italienische Krieg dauert, eine erhebliche Kriegsinindustrie entwickelt. Sie aus Vossells Programmrede nachträglich bekannt wird, sorgen jetzt nicht weniger als 2200 Fabriken und Werkstätten für Waffen- und Munitionsverbrauch, und diese Betriebe sind fast sämtlich während der Kriegszeit entstanden. Italien heißt es im „Lokal-Anz.“, könne sich, wenn nicht schon heute, so doch bald der Einfuhr von Kriegsmaterial gänzlich entschlagen. Das Hauptverdienst an dieser Entwicklung falle den Oberitalianern zu.

Bei der Evaluierung Vossells nahmen die russischen Behörden auch öffentliche Gelder polnischer Institutionen mit. Es ist bisher ein Betrag von 48 Millionen Rubel festgestellt.

England dirigiert die dänische Fischerei. Zu den zahlreichen Uebergriffen, die England sich den Neutralen gegenüber herausnimmt, ist ein neuer gekommen. Um jede Ausfuhr von dänischen Fischern gefangener Fische nach Deutschland zu verhindern, verlangt es, daß Fischern und Fahrzeugen, die ihren Fang nach Deutschland senden, weder Benzin noch Petroleum weiter geliefert wird. Die dänische Petroleumgesellschaft muß aber will darauf eingehen, da sonst die Zufuhr von beidem eingestellt wird. So greift die englische Verbormundung immer weiter in das Wirtschaftsleben der Neutralen.

Ein Ausfuhrzoll auf Eisen- und Stahlwaren wird nach „Aha Dagligt Allehanda“ von der schwedischen Regierung geplant.

Der Oberbefehl in Frankreich. Die „Echo de Paris“ erfährt, sind dem General Rivelle als oberstem Heerführer an der Westfront die Generale Boch und de Castellau für Nordfrankreich und Ostfrankreich beigegeben worden. Carrails Orientkommando ist von dem Oberbefehl abgelöst und selbständig gemacht worden.

Die Erste holländische Kammer hat die 125-Millionen-Anleihe angenommen.

Letzte Nachrichten.

„Het Volks“ Mahnung an die Entente.

Amsterdam, 15. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Der heutige Leitartikel von „Het Volk“ stellt sich freundlich gegenüber dem Friedensvorschlag als der vorgestrigte. „Wir sind verblichet“, heißt es darin, „auch die geringste Möglichkeit eines Dauerfriedens hoffnungsvoll zu begrüßen und auf jene, die sie verwirklichen können, all unseren Druck auszuüben. Wir sehen, daß beiden Parteien das Niederschlagen des Gegners mißlang. Die Neutralen sind überzeugt, daß weiteres Blutvergießen nutzlos ist. Wer die Zentralregierungen eines bloßen Manövers verdächtigt, der muß erst recht Schritte tun, um sie zur Rumbgabe ihrer Bedingungen zu nötigen, ihre Demaskierung würde ihre Niederlage sichern.“

Vielleicht sind die Vorschläge der Zentralmächte einseitig, aber niemand verlangt von der Entente Frieden um jeden Preis. Wenn die Ententehauptmächte von einem Eingehen auf den Friedensantrag die Verneinung der Verbündeten fürchten, muß man fragen, ob wirklich zwischen den Alliierten so wenig Einheit ist, daß präzis Vorschläge sie auseinander brachten. Wenn die leiseste Friedensausicht verpaßt wird, wird die ganze Menschheit das den Ententeregierungen anrechnen!

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaftliche Maßnahmen zur Durchführung des Hilfsdienstgesetzes.

Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst sieht in den §§ 7 und 9 Ausschüsse vor, in denen Vertreter der Arbeiter und Angestellten Sitz und Stimme erhalten sollen. Der nach § 7 einzusetzende Ausschuss hat die Aufgabe, die Hilfsdienstpflichtigen dann, wenn sie der öffentlichen Aufforderung, sich zur Arbeit zu melden, nicht nachkommen, durch schriftliche Aufforderung dazu zu veranlassen. Der nach § 9 einzusetzende Ausschuss hat darüber zu entscheiden, ob dem Hilfsdienstpflichtigen, der seine Arbeitsstelle wechseln will, von dem Unternehmer die hierfür erforderliche Bescheinigung (Kriegsschein oder Ablehrschein) auszustellen ist. Er hat außerdem Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis, die nicht durch den Arbeiterschiedsgericht einmündig, der nach § 13 des Gesetzes in jedem Betrieb mit mindestens 50 Arbeitern oder Angestellten errichtet werden muß, ihre Erledigung finden, zu schlichten oder diese Streitigkeiten durch einen Schiedsrichter zu entscheiden. Nach dem Gesetz soll in jeder Regel in jedem Bezirk einer Ersatzkommission ein Ausschuss errichtet werden. Diese Bestimmung des Gesetzes in vollem Umfange durchzuführen, wird nicht immer möglich sein, da wir mehr als Tausend Ersatzkommissionen haben. Es dürfte einwilligen genügen, daß zunächst ein Ausschuss nur für den Bezirk eines Bezirkskommandos eingesetzt wird. Macht sich später für irgendeinen Bezirk einer Ersatzkommission noch ein Ausschuss erforderlich, so kann das dann nachgeholt werden.

Es macht sich deshalb zunächst notwendig, die Ausschussvertreter und ihre Ersatzmänner für den jeweiligen Bezirk eines Bezirkskommandos zu ernennen.

In beiden Ausschüssen sollen je zwei ständige Vertreter der Arbeiter vorhanden sein. In dem Ausschuss nach § 9 tritt außerdem noch ein unständiges Mitglied als Vertreter der Arbeiter hinzu, der jeweilig aus dem Verufe zu bestimmen ist, aus welchem ein Streitfall zur Entscheidung vorliegt.

Die auf der Konferenz zusammengetretenen Gewerkschaften und Angestelltenverbände, nämlich die freien, die christlichen Gewerkschaften, die Hirsch-Dunckerischen Gewerksvereine, die Polnische Berufsvereinigung, die Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände, die Arbeitsgemeinschaft für einheitliches Angestelltenrecht und die Arbeitsgemeinschaft für die technischen Verbände sind sich daher übereingekommen, gemeinsame Vorschlagslisten für die in den Ausschüssen zu ernennenden Personen dem Kriegsamt einzureichen. Die Aufstellung dieser Listen soll in Konferenzen, die für jeden Bezirk eines Armeekorps einzuberufen sind, erfolgen. Zu diesen Konferenzen sind Vertreter der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen aus den Orten heranzuziehen, an denen ein Bezirkskommando seinen Sitz hat. Die Einberufung und Leitung dieser Konferenzen erfolgt durch eine Vertrauensmännerkommission, zu der jede der beteiligten Organisationsgruppen einen Vertreter stellt. Diese Konferenzen sollen, wenn irgend möglich, schon für Sonntag, den 17. Dezember, einberufen werden. Die Vorschlagslisten für die Besetzung der Ausschüsse sollen dem Kriegsamt bis zum 23. Dezember eingereicht sein. Sie müssen, weil eine endgültige Verständigung über die Vorschläge in einer Sitzung der Zentralstellen der beteiligten Organisationen erfolgen muß, bis zum 21. Dezember an Karl Legien, Berlin SO. 16, Engelufer 15, eingeleitet werden. In diesen Konferenzen für den Bezirk eines Bezirkskommandos soll die Vertrauensmännerkommission vollständig vertreten sein. Jeder Vertreter in der Vertrauensmännerkommission hat die Einladungen zur Konferenz für seine Organisationsgruppe ergehen zu lassen.

Das Kriegsamt beabsichtigt, beide nach §§ 7 und 9 des Gesetzes zu wählenden Ausschüsse mit denselben Personen zu besetzen. Die Gewerkschaften und Angestelltenverbände haben sich diesem Vorschlage des Kriegsamts in Rücksicht auf den gegenwärtigen starken Mangel an für diesen Zweck geeigneten Kräften angeschlossen. Es würden deshalb in den Konferenzen, denen die Ernennung der Ausschussmitglieder obliegt, für beide Ausschüsse nur zwei ständige Mitglieder und zwei Ersatzmänner zu bestimmen sein. Bei der Ernennung der Vertreter und der Ersatzmänner ist weniger auf die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Verufe oder einer bestimmten Organisationsgruppe Rücksicht zu nehmen, sondern vielmehr darauf, daß die Stellen mit tüchtigen Kräften besetzt werden, da bei der Entscheidung über Angelegenheiten eines besonderen Berufes vor dem Ausschuss stets ein Vertreter des in Frage kommenden Berufes als unständiges Mitglied hinzugezogen wird, so daß damit eine sachkundige Vertretung gesichert ist. Mit den Angestelltenverbänden ist eine Verständigung dahin erfolgt, daß von ihnen nur Ersatzmänner gestellt werden, und zwar am Sitze eines Korpskommandos oder an sonstigen für die Angestellten wichtigen Orten. Die Ausschussmitglieder sind daher aus den gewerkschaftlichen Organisationen: den gewerkschaftlichen Zentralverbänden, den christlichen Gewerkschaften, den Hirsch-Dunckerischen Gewerksvereinen und der polnischen Berufsvereinigung zu ernennen. Ebenso auch die Ersatzmänner. Notwendig ist, daß die Ausschussmitglieder in dem Verufe des jeweiligen Korpskommandos wohnen. Eines der Ausschussmitglieder muß unbedingt an dem Orte wohnen, in dem der Ausschuss seinen Sitz hat. In der Regel wird das der Ort des Bezirkskommandos, jedoch soll dies nicht unbedingt erforderlich sein. Es soll eventuell der Ort im Verufe eines Bezirkskommandos gewählt werden, der die größere wirtschaftliche Bedeutung hat. Die Ernennung der unständigen Mitglieder nach § 9 wird auf der Konferenz nicht erfolgen können, weil diese stets aus den Berufen entnommen werden sollen, in denen der Streit entstanden ist.

Auch über die Wahl der Arbeiterschiedsgerichte werden die Konferenzen verhandeln müssen. Es soll versucht werden, ebenso wie bei der Aufstellung der Vorschlagslisten für die Ausschussmitglieder, eine Verständigung über die Listen für die Wahl der Arbeiterschiedsgerichte herbeizuführen.

Die Vertrauensmännerkommissionen sollen für die Dauer des Gesetzes fortbestehen, sie sollen eine ständige Verbindung zwischen den Gewerkschaften und den Angestelltenverbänden unterhalten.

Die hier skizzierten Richtlinien für die Wahlen sind gelegentlich der am Dienstag stattgefundenen Konferenz der Gewerkschaften in einer Vorbesprechung besprochen worden. Auf dieser Konferenz wurden die Vertrauensmänner-

Kommissionen schon eingesetzt, und durch Zirkular sind den Vertrauensmännerkommissionen diese Richtlinien von den Zentralen der Gewerkschaftsverbände zugegangen. Sie dürften auch für die Deffektivität und für die Arbeiter im allgemeinen Interesse haben.

Deutsches Reich.

Zwanzig Jahre Transportarbeiterverband.

Weihnachten 1896 war der Gründungsstag des Transportarbeiterverbandes. In Altenburg fand sich ein kleiner Kreis Berufskollegen zusammen, die den jetzigen Zentralverband ins Leben riefen. Nach Jahresfrist zählte der Verband erst 2750 Mitglieder und er stand mit dieser Zahl an 56. Stelle unter den deutschen Zentralverbänden. Die Krisenjahre 1901 und 1902 zeigten einen gewissen Stillstand, das Krisenjahr 1908 sogar einen Rückgang der Mitgliederzahl, während die Jahre wirtschaftlichen Aufstiegs die Mitgliederzahl ruckweise emporschnellen ließ. Im Jahre 1910 wurde die Mitgliedersteigerung sehr stark beeinflusst durch den Zusammenbruch mit den Verbänden der Hafenarbeiter und Seeleute. Die Entwicklung des Verbandes vollzog sich dann sehr schnell, so daß er vor fünf Jahren mit seiner Mitgliederzahl an dritter Stelle unterer Zentralverbände stand. Im Jahre 1913, vor Kriegsausbruch, zählte der Verband 220 427 Mitglieder. Natürlich hat die Kriegszeit auch in dieser Organisation die Reihen der Mitglieder sehr stark dezimiert, so daß die Mitgliederzahl im Jahre 1915 auf 71 782 sank.

In wie reichem Maße es dem Vorstand möglich war, für die Lohnverbesserung seiner Mitglieder einzutreten, erhellt allein die Tatsache, daß in den Jahren 1904 bis einschließlich 1906 ein Mehrlohn von rund 6 1/2 Millionen Mark für die Arbeiter erkämpft wurde. In den folgenden Jahren betrug diese Summe rund 9 1/2 Millionen, dagegen in den Jahren 1911 bis einschließlich 1915 über 37 Millionen. Einzelne Branchen in Berlin, die seit mehr als einem Jahrzehnt fast geschlossen organisiert sind und sich infolgedessen schon seit vielen Jahren tariflich geregelte Arbeitsbedingungen erkämpft haben, konnten ihren Wochenlohn, der in den Jahren 1896-1898 noch 16-18 M. betrug, auf 45 M. und mehr im Jahre 1916 steigern. Diesen Erfolgen materieller Art sind die idealen Erfolge, insbesondere auch die Verkürzung der Arbeitszeit, würdig an die Seite zu stellen. Durch Lohnbewegungen und Streiks wurden in den Jahren 1904 bis einschließlich 1915 über 690 000 Stunden Arbeitszeitverkürzung erreicht. Auch auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung hat der Verband mit gleichem Erfolg für seine Berufscollegen wirken können. Tausend andere Vorteile, die der Verband seit seiner Gründung seinen organisierten Mitgliedern und auch den nicht organisierten Berufsangehörigen geschaffen hat, lassen sich in konkreten Zahlen nicht ausdrücken, so die Erfolge auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und der Sozialgesetzgebung. — Hoffen wir, daß der Verband, eine der stärksten gewerkschaftlichen Organisationen, nach dem Kriegewieder rasch emporblühen möge, um so bei den für die Arbeiter bevorstehenden Kämpfen und wichtigen Aufgaben machtvoll im Interesse der Arbeiter wirken zu können.

Wirtschaftsfriedliche und Hilfsdienstgesetz.

Der Kartellverband der deutschen Werkvereine ist begreiflicherweise über die Ausgestaltung der sogenannten Wirtschaftsfriedlichen bei der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes sehr verärgert. Sein Organ, „Der Bund“, fordert seine Mitglieder auf, dafür zu sorgen, daß überall möglichst zahlreiche Werkvereinsmitglieder in die Arbeiterschiedsgerichte hineingewählt werden, ebenso auch, daß sie in den Ausschüssen eine Vertretung erhalten. Nach scharfem Angriff auf den „roten Gewerkschaftsflügel“ schimpft er insbesondere weidlich auf den Genossen Hue, weil dieser auf der Konferenz gesagt hat, daß er die etwa gewählten gelben Vertreter als Arbeitervertreter nicht anerkenne.

Der Kartellverband hat aber auch seinen schweren Kerger im eigenen Lager. Er wendet sich dagegen, daß der sogenannte Hauptausschuss der nationalen Arbeiterverbände sich selbst als die einzige

und oberste Vertretung der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung hinstellt und behauptet, daß sämtliche Werkvereine dem Hauptausschuss angehören und daß 280 000 Arbeiter ihnen händchen. In diesem „Kampf nach zwei Fronten“, in dem sich der Kartellverband hineingedrängt sieht, will er dafür sorgen, daß ihm genügend Luft und Licht zu einer eigenen Interessensvertretung der unabhängigen Werkvereinsbewegung verbleibe.

Wir wünschen viel Glück dazu.

Berlin und Umgegend.

Aus der Schlichtungskommission der Schneider.

Vor einiger Zeit hat vor der Schlichtungskommission ein Verbleich stattgefunden, in dem eine Zwischenmeisterin gegen die Firma Plant u. Köllner klagte und Nachzahlung forderte. Der Klägerin wurde gesagt, daß nicht sie, sondern die von ihr beschäftigten Arbeitskräfte Anspruch auf Nachzahlung hätten. Im letzten Termin klagte nun eine Arbeiterin auf Nachzahlung von 290 M., die von der Firma anerkannt und nachgezahlt wurden. In zwei Fällen waren die Beklagten trotz ordnungsmäßiger Ladung nicht erschienen. Es erfolgte antragsgemäß Verurteilung in Höhe des geforderten Betrages.

Ausland.

Streik der Kesselschmiede in Liverpool.

London, 15. Dezember. Meldung des Reuterschen Bureau. In Liverpool befindet sich die Mehrzahl der Kesselschmiede seit dem 9. Dezember im Auslande, obwohl die Verbandsführer die Leute dringend zur Arbeit aufgefordert haben. Der Grund des Streiks ist, daß die Leute mit der Entscheidung des Produktionsausschusses bezüglich ihrer Ansprüche auf eine Lohnerböschung unzufrieden sind. Der Arbeitsminister Hodge richtete an die Führer des Arbeiterverbandes einen Brief, in welchem er sich bereit erklärt, einen Tag nach Wiederaufnahme der Arbeit eine Abordnung der Leute zu empfangen, doch wurde diese Aufforderung nicht beachtet. Die Regierung hat darauf erklärt, daß sie unter der Verteidigungsakte nunmehr rücksichtslos vorgehen werde.

Streik in New York.

New York, 15. Dezember. 60 000 Arbeiter der Bekleidungsindustrie in New York und Umgegend haben den Streik erklärt. (Z. 3.)

Eingegangene Druckschriften.

- Die deutsche Familie. Von R. Stord. Geb. 3 M. R. Mühlmann, Halle a. S.
- Die Genesung. Roman von S. Trebilck. 1 M., geb. 1,25 M. S. Fischer, Berlin, Salomonstr. 90.
- Aus dem Reich wird es Friede sein. Neue Vaterlandskrieger zum Weltkrieg. Bericht von H. Hall. 1,50 M. R. Müller, Stuttgart.
- „Criste und Oslund.“ Bd. 3: Die Baltischen Provinzen. Bauten und Wilder. Herausgegeben von D. Grunow. 118 S. F. Lehmann, Charlottenburg, 2.
- Worauf beruht der Reichtum der Juden? Politische und natürliche Verhältnisse der Judenwelt. 127 S. O. G. Schmidt, Paderborn, 2.
- Die islamische Welt. Nr. 1. Illustrierte Monatschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur. Herausgeber: Scheich Abdül Aziz Schamsch und Abdül Nasir Damsja Bey. 1 M. Verlag in Bismarcksdorf, Konstanzer Straße 5.
- Die Währungsfrage. Erklärt vom Geh. Oberfinanzrat E. Zimmermann. 60 S. 3. Q. S. Stuttgart.
- Fronten-Karten des 1. Weltkrieges. 1. Teil: Westlicher Kriegsschauplatz. 1,50 M. Militärliche Verlagsgesellschaft, München, Schillerstr. 2.
- „Arbeiterpolitik.“ 33. H. 1. Jahrg. Verlag der „Arbeiterpolitik“, Bremen.
- Sozialhygienische Mitteilungen für Baden. 1. Jahrg. Heft 1. Herausgegeben von der Badischen Gesellschaft für soziale Hygiene. Jahrgang (4 Nummern) 1 M. Geschäftsstelle: Karlsruhe i. V., Herrenstr. 31.

KON-LINON

Trustfrei

JOSEFFI

Cigaretten

Begehrtes Weihnachtsgeschenk!

Die Vollkommenheit unserer Erzeugnisse stempeln Joseffi Cigaretten zu Qualitäts-Marken ersten Ranges!

Rester-Handlung.

Kammgarne, Tuche, Cheviots, blau und farbig. Ulsterstoffe, Plüsch, Sammet, Moderne Kostüm- u. Rockstoffe, Taffie, Seiden, in schwarz und farbig, zu Kostümen, Mänteln, Kleidern u. Blusen. Kleinauswahl i. Stoffen für Herren- und Knaben-Anzüge.

Damen - Konfektion.

Kostüme, Mäntel, Röcke usw. in großer Auswahl, sehr mäßige Preise. Gediegene Maßanfertigung.

Paul Karle,
Warschauer Straße 18.

Arbeiter-Notiz-Kalender

1*9*1*7

Mit dem Porträt des verstorbenen Genossen Ebde geschmückt, reißt sich der diesjährige Kalender seinen Vorgängern würdig an. Der vielfältige Inhalt ist selbstverständlich den Bedürfnissen der Arbeiter und der Kriegszeit angepaßt. Außer einem reichhaltigen statistischen und Adressen-Material und sonst wissenswerten Notizen verdienen besonders hervorgehoben zu werden: Kapitalbindung an Stelle von Kriegs-Versorgung. — Wäher zur Kriegsförderung. — Sozialdemokratie und Volksernährung in der Kriegszeit. — Was tat die deutsche Sozialdemokratie i. den Kriegsjahren? — Die Gewerkschaften im 1. Kriegsjahr. — Der alte Ebde.

Preis gebunden 60 Pf. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 3.

Die Parteipresse zum Friedensangebot.

Die auf Seiten der Parteimehrheit stehende Presse sollt dem Friedensangebot der deutschen Regierung lebhaften Beifall und begrüßt es als einen ersten Schritt zum Frieden.

„Dresdener Volkszeitung“: Das Friedensangebot, das der deutsche Reichskanzler in der gestrigen Reichstagsitzung an die feindlichen Mächte richtete, erfüllt die Millionen des deutschen Volkes mit Freude und tiefster Genugtuung.

„Medienburgische Volkszeitung“: Die herzlichsten Wünsche des deutschen Volkes begleiten diesen Akt der Nachbarn des Vierbundes.

„Münchener Post“: Das ist — leider — noch nicht der Friede, wohl aber ein erster und fester Schritt zu diesem Ziele.

„Dortmunder Arbeiterzeitung“: Zum größten militärischen Erfolg hat es (Deutschland) den größten moralischen Erfolg gefügt. Es wäre frivol, den Frieden abzulehnen. In diesem Falle würde das deutsche Volk weiter seine Pflicht erfüllen — erfüllen müssen.

„Karlsruher Volksfreund“: Der Entschluß der Mittelmächte, die Friedenshand anzubieten, wird in der ganzen gestimmten Welt mit aufrichtiger Genugtuung aufgenommen werden. Die Schuldfrage soll im gegenwärtigen Moment nicht erörtert werden, sondern nur die Frage: Wie kann diesem entsetzlichen Gemetzel endlich einmal ein Ende bereitet werden?

„Schwäbische Tagwacht“ (Stuttgart): Die deutsche Regierung hat sich entschlossen, das zu tun, was von der Sozialdemokratischen Partei und Presse immer und immer wieder — zuletzt auch nach der Einnahme von Bukarest — verlangt worden war, aber von den „unentwegten“ Feindkriegerern und Heberanregern als unbenutzbar und unmöglich zurückgewiesen wurde.

„Schwäbische Volkszeitung“ (Augsburg): Das feinerste aus der Mitte der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gefallene Wort, daß es Sache des Starken sei, die Hand zum Frieden zu bieten, konnte nun sicher ohne jede Gefahr einer Mißdeutung seine Erfüllung finden.

„Rheinische Zeitung“ (Köln): Der 12. Dezember 1916 ist zu einem Tage der Tat geworden, der in der Geschichte dieses Krieges ewig denkwürdig fortleben wird. Diese Tat muß Folgen haben. Der Hohn der Vierverbandspresse, daß Deutschland um Frieden wirfeln, das Geschwäh von den „deutschen Friedensschornsteinen“ mag sich heute, morgen und übermorgen wiederholen, schließlich aber wird es verstummen müssen vor der gewaltigen Wucht des moralischen Erfolges des deutschen Angebots.

„Volksbote“ (Stettin): Die Friedensfundgebung hat im Reichstage wie im Lande stürmische Zustimmung gefunden und wir sind nicht im Zweifel, daß sie bei den Völkern im feindlichen Ausland mit eben solchem stürmischen Jubel begrüßt werden wird, ob sie aber bei den feindlichen Regierungen die gleichen Gefühle auslösen wird, das erscheint uns zunächst zweifelhaft.

„Sächsisches Volksblatt“ (Zwickau): Mit großer Freude und tiefer Genugtuung aber wird das deutsche Volk aus dieser Rede vernehmen, daß die Zentralmächte im ruhigen Bewußtsein ihrer Stärke und nach dem Erfolg, der immer wieder gelungenen Abwehr selbst der gewaltigsten feindlichen Anstrengungen den ersten Schritt zum Frieden getan und einigen neutralen Mächten das Friedensangebot an die Gegner zur Übermittlung überreicht haben.

Lebhaft diskutiert wird in der Mehrheitspresse auch die Frage der in der Note angedeuteten Friedensbedingungen. Wenn auch hier und da eine eingehendere Formulierung für wünschenswert gehalten wird, so ist doch die übereinstimmende Überzeugung, daß diese Frage nicht entscheidend sein kann, da es sich zunächst darum handelt, ob unsere Gegner überhaupt mit uns verhandeln wollen.

„Volksblatt“ (Wohum): Andererseits können wir aber nicht zugeben, daß, wie die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft in einer Erklärung behauptet, das Friedensangebot nichts bedeute, weil die Bedingungen nicht gegeben seien. Unsere Feinde müssen jetzt fragen: was bietet ihr? und wir können dann antworten, worauf sie zustimmen oder ablehnen können. Daß wir sie nicht vernichten und entehren wollen, haben sie schon oft gehört. Würden unsere Unterhändler aber unerhörte Zumutungen stellen, die schmachvoll für den Feind wären, etwa wie verschiedene konservative, nationalliberale und liberale Politiker sie schon zum Überdruß bekanntgegeben haben, dann wäre für die Sozialdemokratie der Zeitpunkt gekommen, wo sie die reinliche Scheidung zu vollziehen hätte.

„Volkszeitung“ (Mainz): Bestimmte Friedensvorschlage haben die Zentralmächte nicht gemacht. Man könnte der Meinung sein, daß dadurch der Wert des Angebots gemindert sei. Aber man darf anerkennen, daß es zwingende Gründe sind, die alles den Verhandlungen überlassen wollen.

Vielfach weisen auch die Gedanken bei den Sozialisten der mit uns kriegführenden Länder.

„Volkswacht“ (Wreslau): Die deutsche Sozialdemokratie hat ihre Pflicht getan. . . . Nun, Ihr Brüder im feindlichen Ausland, jetzt seid Ihr an der Reihe, tut Eure Pflicht bei Euren Regierungen, in Eurem Lande, damit der Stern Verbleihens in neun Tagen über den Hütten Europas scheine!

„Volksstimme“ (Magdeburg) u. a.: Uns bangt in diesen Tagen, die mit der größten Entscheidung der Weltgeschichte schwanger sind, um die Sozialisten jenseits der Front. Mögen sie den rechten Weg finden und ein Werk vollenden helfen, auf das die Menschheit stolz sein kann!

Allgemein über die Folgen einer Ablehnung des deutschen Friedensangebots sagen

„Lübecker Volksbote“: Wir können es nicht glauben, daß sie (die feindlichen Staatsmänner) ein solches Verbrechen an der Menschheit begehen und dadurch weitere unerhörte Missetaten auf sich laden werden. Sollten wir uns aber täuschen, dann dürfte das deutsche Friedensangebot in den gegnerischen Ländern die Friedensbewegung derart stärken, daß die gekrönten und ungekrönten Verbrecher an der Menschheit von dem Sturmwind des Friedenswills hinweggefegt werden.

wegung derart stärken, daß die gekrönten und ungekrönten Verbrecher an der Menschheit von dem Sturmwind des Friedenswills hinweggefegt werden.

„Volksblatt“ (Harburg): Lehnen die Gegner in ihrer Gesamtheit das deutsche Angebot rundweg ab, dann tragen sie vor der Geschichte die furchtbare Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges und Deutschland kann mit reinem Gewissen seinen Verteidigungskrieg fortsetzen; denn dann tritt dieser Krieg als ein Verteidigungskrieg für uns nur um so deutlicher zutage.

„Niederrheinische Arbeiterzeitung“ (Duisburg): Wenn aber die Entente sich weigert, zu den Friedensverhandlungen zu kommen, zu denen sie eingeladen ist, so zeigt sie, daß sie den Frieden nicht will.

Dann wird sich zeigen, daß der Reichskanzler recht hatte, als er sagte, daß hinter unseren Heeren das arbeitende Volk steht und daß in der letzten Hütte jedes deutsche Herz aufs neue aufstammen wird im heiligen Joren gegen die Feinde, die um ihrer Vernichtungs- und Eroberungsabsichten willen dem Menschenmord keinen Einhalt tun wollen.

Daß der Reichstag mit Mehrheit beschloß, sich der Debatte zu enthalten, wird als Förderung der praktischen Friedensarbeit beurteilt.

„Chemnitzer Volksstimme“: Wir heißen diesen Beschluß gut, denn es konnte kein Wort gesprochen werden, das dem Zustandekommen des Friedens gedient hätte.

„Samburger Echo“: Der Beschluß der Reichstagsmehrheit, zu der auch die sozialdemokratische Fraktion gehört, hat verhütet, daß die Klarheit der Kundgebung getrübt wurde.

„Mannheimer Volksstimme“: Deshalb begrüßen selbst wir, die wir allzeit Macht, Einfluß und Ansehen der Volksvertretung zu haben uns bemüht haben, begrüßen es, daß die von den Konserverativen, Arm in Arm mit den Vasserman-Liberalen, erstrichene Beiprägung der Kanzlerrede, die nach den politischen Anschauungen und Wünschen dieser Parteien selbst bei größter Vorsicht in einer Durchkreuzung oder zumindest Abchwächung der Wirkung der Aktion gemündet hätte, dank einem Beschlusse der Reichstagsparteien unterblieben ist; und beklagen es, wieder einmal die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft (aus sicherlich anderen Motiven heraus, aber mit derselben Wirkung) in unpolitischer Verarmtheit in der Gefolgschaft der Westarp und Vassermann sehen zu müssen.

Die Minderheitspresse ist gespalten!

Es ist sehr beachtenswert, daß ein nicht unerheblicher Teil der allgemein zur Minderheit haltenden Presse den Schritt der deutschen Regierung ebenso lebhaft begrüßt wie die Mehrheitsblätter. J. B. schreibt unter dem Titel „Das Weihnachten für Europas Völker“ die

„Erfurter Tribüne“: Unsere grundsätzliche Stellung zum Krieg, unsere Auffassung über die größere und kleinere Mitschuld am Kriege tritt heute naturgemäß ebenso zurück, wie wir uns auch nicht durch unsere republikanische und demokratische Auffassung irritieren lassen, den Monarchen und ihren Verantern in den Mittelmächten unsere Anerkennung und Dank auszusprechen für den ersten Schritt zum langersehnten Frieden!

Unter dem Titel „Ein deutscher Sieg“ schreibt die zwischen Mehrheit und Minderheit stehende

„Fränkische Tagespost“: Deutschland und seine Verbündeten haben den Frieden angeboten. Mit voller Genugtuung sagen wir das. Mag man noch ein Jahrhundert zanken, wer den Krieg begonnen, und dabei zu keinem Resultat gelangen, weltgeschichtlich unbestreitbar ist die Tatsache, daß das Deutsche Reich den Frieden angeboten hat. Das ist ein deutscher Sieg, ein Sieg, schwerer als viele andere, denn ein Sieg über sich selbst.

„Essener Arbeiter-Zeitung“: Wir begrüßen diesen ersten entscheidenden Schritt, der zum Frieden führen könnte. Wir wünschen und hoffen, daß die Gegner ihn nicht ablehnen, sondern ihn zum Anlaß von Verhandlungen nehmen. Ist dieser zweite Schritt getan, dann müssen die anderen folgen. Geschieht dieser zweite Schritt nicht, erkundigen sich die Gegner nicht nach den Friedensgrundlagen, wie die Mittelmächte sie sich denken, dann müssen wir uns mit der ersten Tatsache abfinden, daß der Kampf noch weiter gewaltige Opfer von den beteiligten Völkern fordert. Ueber die Schuldigen an einem solchen unnötigen Fortgang des grausigen Krieges wird die Geschichte ihr Urteil sprechen.

„Nordhäuser Volkszeitung“: Das deutsche Volk atmet auf. Dämmert es und tagt ein neuer Morgen, der den Tag der Völkerverständigung bringt? Der Anfang der Zeit, da die Blüte der Völker sich nicht mehr in dem Bestreben des gegenseitigen Abschachtens gegenüber liegen? Wir hoffen und harren auf die Erfüllung dieses Verlangens.

„Vergische Arbeiterstimme“: Bis zu dieser Stunde kennen wir den Inhalt der Kanzlerrede noch nicht, wir wissen noch nichts von den Bedingungen, die der Vierbund vorschlägt. Die Forderungen der Alldeutschen hatte der Kanzler im mer abgelehnt, und es ist zu hoffen, daß sie nicht zur Grundlage für Verhandlungen vorgeschlagen wurden, denn sie scheinen uns keine Verhandlungsbasis zu sein. Der Kanzler hat sein Einverständnis mit den Vorschlägen von englischer und französischer Seite auf Bildung eines Völkerbundes erklärt.

„Remscheider Arbeiter-Zeitung“: Mit dem innigsten dringenden Wunsche wird die Hoffnung im Vaterland geteilt: Möge das Ziel, der Friede, erreicht werden!

„Reußische Tribüne“: Von deutscher Seite ist also die Hand geboten worden, um dem grauenvollen Kriege, dem Zerstörer europäischer Zivilisation und Kultur, der blutigen Zerfleischung der Völker, ein Ende zu machen.

Der andere Teil der Minderheitspresse verlangt vor allem die Friedensbedingungen zu kennen, ehe er sein Urteil abgibt:

„Volksblatt“ (Galle): In der wirkungsvollen Form ihres Vorgehens hat sie (die deutsche Regierung) sich als Meister erwiesen. Nun bleibt die Frage des Erfolges! Sie ist nicht an die Form gebunden, sondern an den Inhalt des Vorschlages. Auf ihn kommt es an!

Weiter aber heißt es: Gleichviel: eine Antwort müssen England und Frankreich und Rußland geben, dazu sind sie verurteilt. Lehnen sie Friedensverhandlungen oder das Stellen einer Vorfrage nach den deutschen Bedingungen grundsätzlich ab, so würde das bedeuten, daß sie erst militärisch eine andere Vorentscheidung wollen, als sie die Kriegs-

partie jetzt aufzeigt. Das wäre ein verbrecherisches Bekennen zu weiterem unabsehbaren Blutvergießen zu einer Verurteilung der kämpfenden Völker zur Verzweiflung.

„Leipziger Volkszeitung“: Die Regierungen des Vierbundes haben den Zeitpunkt an dem sie den gegnerischen Mächten ein Friedensangebot machen, gut gewählt. . . . Aber es fehlt in der Kundgebung das, was erst einen dauernden Frieden gewährleisten kann: der deutlich ausgesprochene Verzicht auf Annerkennung, auf die Vergewaltigung fremder Nationen, der feste Wille, an der Abrüstung und an dem Ausbau schiedsgerichtlicher Institutionen zur Vermeidung künftiger Kriege mitzuarbeiten.

„Braunschweiger Volksfreund“: Daß er (der Kanzler) Vorschläge irgendwelcher Art bekanntgegeben, auf denen ein Friede geschlossen werden soll? Mit nichten! Er meinte nur, daß die Vorschläge, die die deutschen Unterhändler mitbringen würden, darauf gerichtet sind, Dasein, Ehre und Entwicklungsfähigkeit der Völker des Vierbundes zu fördern. Ein solches Angebot ist sehr dehnbar, und es ist fraglich, ob es in der Tat die geeignete Grundlage für die Aushandlung von Friedensunterhandlungen bildet.

Ein Teil der Minderheitsblätter schließlich befolgt die Taktik, das Friedensangebot möglichst nebensächlich zu behandeln. Der Gothaer „Generalanzeiger“ bringt z. B. am 14. Dezember die Erklärung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft — sonst kein Wort über das Echo des Friedensangebots oder irgendeine Würdigung.

Politische Uebersicht.

Die nationalliberalen Volksrechtredner.

Die Ablehnung des Antrags Vassermann-Westarp auf sofortige Beiprägung des deutschen Friedensangebots im Reichstage erfährt ein Nachspiel. Der Vorstand der nationalliberalen Reichstagsfraktion erläßt in Ausführung eines einstimmig gefaßten Beschlusses der Fraktion eine Art Vorschauverdeutschung an den Reichskanzler. Sein wesentlicher Teil lautet:

Sowohl in der polnischen Frage als nunmehr in der Frage des Friedensangebots ist der deutsche Reichstag vor vollendete Tatsachen gestellt worden, ohne daß ihm zur Vorbelegung gegeben wurde, seine Ansicht zur Geltung zu bringen und bei der Lösung der Fragen mitbestimmend oder auch nur mitberatend zu wirken. Diese Ausschaltung des Reichstages scheint auch bezüglich der Friedensbedingungen bereits vollendete Tatsache zu sein, denn die an unsere Feinde gerichtete Note vom 12. Dezember enthält den Satz, daß die vier verkündeten Mächte zu den Friedensverhandlungen Vorschläge mitbringen werden, die nach ihrer Überzeugung eine geeignete Grundlage für die Herstellung eines dauerhaften Friedens bilden. Die Friedensbedingungen stehen also fest; sollten sie von unseren Feinden angenommen werden, so stünden wir vor der Tatsache, daß dem deutschen Volk ein Frieden beiderht würde, bei dessen Gestaltung es mit keinem Worte hätte mitwirken können.

Der Gedanke des letzten Satzes wird dann noch mehrfach unterstrichen und immer wieder das Recht des Volkes betont, angesichts der bewiesenen Opferwilligkeit bei der Gestaltung des Friedens mitzusprechen.

Die Weisheit ist uns nicht neu. Wir hörten sie schon bei den Jenseitdebatten im Reichstage, nicht zuletzt am Tage des großen Sturmes der Kanzler-U-Boot-Fronde im Juni. Damals waren es auch die Westarp, Gräfe, Hirsch (Essen), die mit Verbe als die Schützer der Meinungsfreiheit auftraten. Wir haben ihnen mit fröhlichem Lachen geantwortet, denn wir wußten, daß es den Herren gar nicht um eine allgemeine Meinungsfreiheit zu tun war, sondern nur darum, daß sie, die „wahren Patrioten“, ihre spezielle Meinung zur U-Boot-Frage äußern könnten.

Und genau so, womöglich noch im verschärften Maße, verhält es sich jetzt. Den Herren war und ist es darum zu tun, den Eindruck der Kanzlerrede, den sie (wir geben zu in gutem Glauben) für schädlich halten, abzuschwächen und damit gleichzeitig ihre auf Einverleibung größerer Gebiete zielende Kriegspolitik zu stärken. Die Volksrechte sind, genau wie bei den Jenseitdebatten, nur der geschickte gewählte Sturmbaum, der Bahn brechen soll für Pläne, die unseres Erachtens durchaus nicht im Interesse des Volkes liegen.

Von dieser Ansicht können uns auch nicht die Beteuerungen der „Nationalliberalen Korrespondenz“ abbringen, die der Auffassung entgegentritt, als habe der Antrag Vassermann eine sachliche Gegnerschaft zu der Friedensaktion der Reichsleitung darstellen sollen. Die „Nationalliberale Korresp.“ behauptet, der Antrag Vassermann wolle nur ausdrücken, daß der Reichstag nicht bloß dazu dienen soll, eine Kundgebung des Reichskanzlers schweigend entgegenzunehmen. Sie erklärt aber selber, daß die Fraktion davon ausgegangen sei, „durch die Betonung des unbefangenen Willens des deutschen Volkes zur siegreichen Durchführung des Krieges“ den Eindruck der Kanzlerrede zu „verstärken“. Eben diese Verstärkung halten wir für bedenklich und wissen, was damit gemeint ist. Ebenso hätte die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“, die doch bei den Jenseitdebatten sehr wohl das Spiel der Alldeutschen durchschaute, es auch diesmal durchschauen und verhindern helfen dürfen.

Delbrück und die Alldeutschen.

Zu dem deutschen Friedensangebot hat Prof. Hans Delbrück, der sich zu den Konserverativen rechnet, im roten „Tag“ einige nicht uninteressante Ausführungen gemacht. U. a. hatte er geschrieben:

Indem der Kaiser mitten im Siegeslauf das Angebot gemacht hat, hat er auch kundgegeben, daß er zwar einen unteren Erfolg, unierer militärischen Stellung und unierer Zuversicht entsprechenden, aber auch einen für die Sicherheit und Ehre der feindlichen Nationen annehmbaren Frieden in Aussicht nimmt, und bei dieser Absicht hat er die ungeheueren Mehrheit des Volkes hinter sich. Auch bei uns gibt es ja Delbrückerne, die die zukünftige Sicherheit Deutschlands nicht anders als in Eroberung zu finden glauben, und sie haben nicht ganz merkwürdliche Teile des Volkes hinter sich. Aber die maßgebende Vorstellung im Volke ist doch immer geblieben, daß wir einen Verteidigungskrieg führen, und die bloße Tatsache, wie wir uns gegen eine Welt von Feinden behaupten haben, hat ein solches Kraftbewußtsein geschaffen, daß wir ohne jede Furcht der Zukunft entgegengehen können, und wenn der Friede uns nicht mit so sehr wesentlichen materiellen neuen Möglichkeiten anstattet. Ich will keine Einzelheiten nennen, sondern nur hinzufügen, daß ich nur

eine Stelle sehe, wo uns vermutlich ein starker Widerspruch entgegengetreten wird und wo wir doch unbedingt fest bleiben müssen, das ist Aurland.

Am Schluß der Ausführungen heißt es:

Wie schließlich die Entscheidung fallen wird, ist unberechenbar; von der deutschen Politik darf man sagen, daß sie auf jeden Fall einen geradezu genialen Zug vollführt hat, indem sie mitten im Siegeslaufe ihrer Heere dieses Friedensangebot machte.

Mit diesen Aeußerungen hat Herr Delbrück den Jörn der „Deutschen Tageszeitung“ und ihres Herrn Reventlow auf sich gezogen. Dieser langelt in einem Artikel „Die Gemäßigten haben und drüben“ Herrn Delbrück gehörig ab, weil er nach seiner (Reventlows) Ansicht die „Verständigung nach Westen“ anstrebe. Eine solche Verständigung sei nur „auf Kosten jeder Sicherheit und Garantie nach Westen und durch das Aufgeben jeder Seegehung und Freiheit der Meere“ möglich. Nichtsdestoweniger ist Reventlow gerade mit der auf Aurland bezüglichen Aeußerung Delbrücks einverstanden, nur ist sie ihm noch zu diplomatisch unbestimmt, denn: „Daß Aurland deutsch bleiben muß, ist übrigens für uns eine Selbstverständlichkeit“. Man kann sich hiernach ein ungefähres Bild von seinem Friedensziel machen.

Methode Reventlows.

In Nr. 315 des „Vorwärts“ erschien ein Artikel des Genossen Scheidemann, in dem es hieß:

Wir sind wirklich noch einem so kurzfristigen Menschen, der in der Einbildung lebt, der einen Mächtegruppe werde es doch noch gelingen, die andere so vernichtend zu schlagen, daß sie den Frieden diktieren und dauernd die Sicherheit gegen eine Wiederholung des Krieges geschaffen werden kann? Ein Narr, wer das glaubt, nachdem der Kampf im 28. Monat tobt... Für Deutschland ist die Abwehr einer ungeheuren Uebermacht; Sieg genug.

Am Tage darauf schrieb E. R. in der „Deutschen Tageszeitung“:

„Deutschland aber braucht einen deutschen Frieden und will siegen trotz Herrn Scheidemann.“

Der „Vorwärts“ antwortete in Nr. 317. Er wiederholte den Wortlaut aus Nr. 315 und fügte hinzu:

Im Kampf gegen eine ungeheure Uebermacht ist Behauptung Sieg, ist Selbsterhaltung Sieg! Diesen Sieg wollen und müssen wir haben, den halten wir mit blutenden Händen fest, den werden uns die Gegner nie entreißen.

Das hinderte aber nicht, daß am 29. November eine Erklärung des Bundes der Landwirte erschien, in der gesagt war:

„Wahr hat der Abgeordnete Scheidemann verstanden zu müssen geglaubt, daß nur ein Narr noch an den Sieg Deutschlands glauben könne. In vollem, bewußtem Gegensatz zu diesem verwerflichen Worte usw.“

In aller Geduld stellen wir in Nr. 329 des „Vorwärts“ nochmals den wahren Sachverhalt fest.

Dann war eine Zeitlang Ruhe, die Sache schien erledigt. In der gestrigen „Deutschen Tageszeitung“ hebt E. R. seinen Zeitartikel jedoch wieder mit der Leier an:

Als Herr Scheidemann seine hier wiederholt gekennzeichnete Propaganda für einen Frieden auf der Grundlage des Statusquo begann, bezeichnete er denjenigen, der an einen Sieg glaubte, als Narren.“

Anfangs konnte man an einen leichtfertigen Irrtum glauben. Jetzt müssen wir feststellen, daß die Unwahrheit, mit der Graf Reventlow haushieren geht, längst aufgeklärt hat, objektiv zu sein.

Ein Narr, wer glaubt, daß Graf Reventlow davon lassen könnte!

Krankenversicherung von Arbeitern im Auslande.

Die vom Bundesrat soeben erlassene Verordnung über Krankenversicherung von Arbeitern im Auslande will in erster Linie verhindern, daß deutsche Arbeiter während einer zeitweiligen Tätigkeit in dem von deutschen Truppen besetzten Auslande der Wohlthaten der heimatischen Krankenversicherung verlustig gehen. Sie umfaßt aber auch die Angehörigen verbündeter und neutraler Staaten, wenn sie außerhalb ihres Heimatgebietes in dem von uns besetzten Gebiete arbeiten. Die Verordnung erstreckt den örtlichen Geltungsbereich der Krankenversicherung, der sich grundsätzlich mit dem Reichsgebiet deckt, auf das von deutschen Truppen besetzte Auslande, indem sie die dort von deutschen Unternehmern für Heeres- oder Marinezwecke beschäftigten Deutschen, Angehörigen verbündeter und neutraler Staaten in die reichsrechtliche Krankenversicherung einbezieht. Die Verordnung regelt die Rassenzugehörigkeit; sie bestimmt, daß der Grundlohn sich nach dem wirklichen Arbeitsverdienst des Versicherten bis zu 6 M. für den Arbeitstag richtet. Im Auslande hat die Heeres- oder Marineverwaltung dem Versicherten die Krankenhilfe vorbehaltlich genau bezeichneter Ersatzansprüche an die Krankenkasse zu gewähren. Weitere Bestimmungen zur Durchführung der Verordnung bleiben vorbehalten.

Die neue Verordnung des Bundesrats beseitigt den unhaltbaren Zustand, daß von deutschen Unternehmern im besetzten feindlichen Gebiete beschäftigte deutsche Arbeiter nicht der Versicherungsspflicht unterliegen. Das traf nur dann zu, wenn der Betrieb die Ausstrahlung eines inländischen Betriebes war. Offenbar erstreckt sich die neue Verordnung nur auf die Krankenversicherung. Ebenso wichtig ist die Unfallversicherung der in Betracht kommenden Arbeiter. Sobald die Verordnung im Wortlaut vorliegt, werden wir sie eingehend behandeln.

Neue Bundesratsverordnungen. Der Bundesrat hat, wie amtlich mitgeteilt wird, eine Reihe neuer Verordnungen erlassen. Ein Teil von diesen betrifft das Nahrungsmittelwesen. So ist die Verordnung über Hülsenfrüchte vom 29. Juni 1916 namentlich nach mehreren Richtungen hin abgeändert worden. U. a. sind die Uebernahmepreise für Hülsenfrüchte der Ernte des Jahres 1917 um je 10 M. für den Doppelzentner erhöht worden. — Eine Verordnung vom 14. Dezember verbietet die Verwendung von salpeterminerale Salzen bei der Herstellung von Fleisch und der Herstellung von Würst anstelle des bisher angewandten, zurzeit aber beschlagnahmten Salpeters. Das salpeterminerale Natrium, das unter verschiedenen Namen, z. B. als „Aulopöfelstoff“ in den Handel gebracht wurde, ist in hohem Maße gesundheitsschädlich. — Eine weitere Verordnung betrifft die Geschäftsaufsicht zur Anwendung des Konzertes und eröffnet im Zusammenhang mit einer Neuordnung der Geschäftsaufsicht den in Folge des Krieges zahlungsunfähig gewordenen Schuldnern die Möglichkeit eines den Konkurs abwendenden gerichtlichen Zwangsvergleichs.

Nach einer weiteren Bundesratsverordnung tritt die Stempelspflicht für im Auslande befindliche ausländische Wertpapiere inländischer Besitzer, die bis einschließlich 28. Februar 1917 ins Inland eingeführt werden, erst dann ein, wenn die Papiere ins Inland ausgegeben, veräußert, verpfändet oder zum Gegenstand eines anderen Geschäftes unter Lebenden gemacht werden oder Zahlung darauf geleistet wird.

Diese Vergünstigung ist jedoch an die Erfüllung verschiedener Bedingungen geknüpft.

Der Landtag des Fürstentums Lippe ist zum 18. Dezember einberufen worden. Die Tagung wird kurz sein. Es handelt sich hauptsächlich um Bewilligung neuer Mittel für die Kriegsfürsorge.

Aus Groß-Berlin.

Sie „spielen“ Krieg!

Man schreibt uns:

Durch eine ziemlich breite, wenig belebte Straße stürmen Knaben schreiend hin und her. Zwischen den Stöcken und Stäben, mit denen sie herumfucheln, ragt ein bunter Zeugstapel auf. Sie spielen „Krieg“, eine ja keineswegs vereinzelte Erscheinung. Als neueste Errungenschaft pflegt das weibliche Element in der Gestalt von „Krankenschwestern“ hinzuzukommen.

Die Jungen „spielen“ Krieg in ihrer einfachen, selbstgewählten Zuriistung. Nicht wissend, was Krieg ist, stellen sie ihn in harmloser Nachdichtung dar, wie sie es mit andern Dingen tun und zum Beispiel „Doktor“ oder „Lehrer“ spielen. Als unabwiesbare Lebensbetätigung wohnt der Antriebe dazu ihnen inne, wobei allein völlig geistlose Geschöpfe beiseite stehen. Es fragt sich eben nur, was die Kinder in ihrer Umwelt wahrnehmen. Krieg aber, oder genauer ausgedrückt, Militärwesen, trat ihnen besonders handgreiflich und überdies in farbigem Abglanz entgegen. Sie sahen wehende Helmbüschel, schmutzige Uniformen, blinkende Säbel und Gewehre, hörten das klingende Spiel, mit dem Soldaten durch die Straßen zogen, und sahen mit dem Wohlgefallen daran den Krieg als freudvoll an. Mit diesem an sich hat solches Wohlgefallen nichts zu tun. Es entspringt der den Kindern eigenen Farben- und Klangreueigkeit. Buntem, Witzendem, Tönendem jubeln sie wahllos zu.

Kein Wunder. Man überfüttert sie mit Bildern, die nicht aus Werkschlagbogens Hand hervorgehen und die in „wirkungsreicher Gruppierung“ Fahnen, aufbaumende Kofse, kühn geschwungene Degen, siegesbetäubt dreinschauende Reiter und Fußsoldaten und dergleichen zeigen, übrigens eine Wiedergabe, die gar nicht der jehigen Art und Weise der Kriegführung entspricht. Hier zeigt sich von den Schrecknissen des Krieges entweder nichts oder doch nur ein abgeblähtes Etwas in malerischer Verschleierung. Nachbildungen dessen aber, was Mittel, Träger, Werkzeug all der Schrecknisse ist — Gewehre, Kanonen usw. — steckt man Kindern als — Spielzeug in die Hand.

Ob „militärisches Spielzeug“ einfach und ungekünstelt oder in blendender Verfeinerung hergestellt ist, darauf käme es weniger an. Das eigentliche Uebel beruht darin, daß es überhaupt Kindern in die Hand gegeben ist. Die vom rein menschlichen — auch ästhetischen — Standpunkt aus selbstverständliche Befehdung des soldatischen Spielzeugs steht ja mit Zuriistungen zum Kriege usw. in gar keinem Zusammenhang. Werden immer noch Kriege geführt, so sind Vorbereitungen hierauf unvermeidlich. Dabei handelt es sich aber um kein Spiel, sondern um bitteren Ernst.

Die Verkehrseinschränkungen.

Trotz aller Mahnungen und Anträge hat die Polizeibehörde bereits gestern bestimmt, daß sofort eine eineinhalbstündige Verkehrseinschränkung einzutreten habe. Darauf haben schon gestern die Hochbahn sowohl wie die Straßenbahnen eine Kürzung des Fahrplans vorgenommen. Auf der Hochbahn gingen gestern abend die letzten Züge teilweise bereits 11.20 Uhr ab, z. B. ab Alexanderplatz nach Fehrbelliner Platz und umgekehrt; ab Barfshauer Brücke nach Gleisdreieck um 11.22 Uhr, ab Wilhelmplatz nach Nordring 11.23 Uhr, ab Nordring nach Wilhelmplatz 11.27 Uhr, ab Reichstanzlerplatz nach Bismarckstraße 11.29 Uhr usw., die letzten Züge 11.50 und 11.55 Uhr.

Das wäre zu ertragen, wenn man statt der Hochbahn die Straßenbahnen benutzen könnte; aber für sie gilt, wie schon gesagt, das gleiche: Die Straßenbahnen, die bisher um 1 Uhr ihre Abgangsstelle verließen, sollen das künftig schon um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr. Die Straßenbahn wird der Anordnung dadurch Folge leisten, daß sofort gewisse Verfürgungen des Straßenbahnbetriebes eintreten, daß aber der Anordnung des Polizeipräsidenten frühestens ab 1. Januar 1917 vollständig entsprochen werde. Der Verkehr, wie er jetzt nach 11 $\frac{1}{2}$ Uhr nachts besteht, muß nach und nach abgebaut werden. Der sofort in Arbeit genommene neue Fahrplan wird an dem drakonischen Eingriff nichts Wesentliches ändern. Denn, so schreibt der „Lokal-Anzeiger“:

Alle Gegenvorstellungen der beteiligten Verkehrsinstitute sind mit dem Hinweis auf die notwendige Kriegsmahregel abgelehnt worden. Von diesem Gesichtspunkte aus muß auch das Publikum die neue Ordnung der Dinge betrachten. Es heißt sich wohl oder übel in das Unvermeidliche schicken. Der einzelne, der auf die Verkehrsmittel angewiesen ist, muß daher danach trachten, 1 $\frac{1}{2}$ Stunden früher als er es bisher gewohnt war, in seiner Wohnung zur Nachtzeit einzutreffen.

Gewiß, das können die Besucher der Vergnügungsinstitute, der Bier-, Wein- und Kaffeehäuser, die ja um diese Zeit in Folge der allgemeinen Schließung ohnedies „beschäftigungslos“ werden; aber an alle die vielen, die durch Ueber- und Spätschichten bis gegen und nach Mitternacht in Werkstatt, Bureau usw. festgehalten werden, hat das Polizeipräsidium offenbar nicht gedacht, nicht daran, daß häufig in drei Schichten gearbeitet wird, nicht an die Angestellten sämtlicher Zeitungen, die am Morgen erscheinen und erst nach Mitternacht hergestellt werden können. Es hat auch keine Rücksicht genommen auf die Tatsache, daß das Verkehrsleben aufs engste verwachsen ist mit dem Groß-Berliner Wohnungsleben. Ganze Stadtgebiete haben als Wohnviertel nur Existenzberechtigung in Verbindung mit den Verkehrsrichtungen, mit denen sie organisch verwachsen sind. Zahlreich sind die Unternehmen, wo infolge des durch den Heeresdienst stark verminderten Personalbestandes bis in die Nacht hinein gearbeitet wird. Sollen die von schwerer und langer Fron Ermüdeten und dazu dürftig Ernährten nachher noch weite Wege zu Fuß machen? Bei den zu Tausenden in Betracht kommenden Frauen tritt noch hinzu, daß ihre Wege vielfach dank der Lichterparnis durch fast dunkle Straßen gehen. Wie sollen die so überaus stark beschäftigten, weil bedeutend verminderten Ärzte nachts zu plögllich Erkrankten kommen?

Uns fehlt wirklich nicht das Verständnis für das, was durch unabwendbare Ereignisse geboten erscheint. Dieser gewaltsame, plöglliche, rein mechanische Eingriff in das Erwerbsleben aber kann unmöglich aufrechterhalten werden.

Daß er nicht in diesem Umfang nötig war, wird auch dadurch bewiesen, daß man bis jetzt mit den Einschränkungen des Vergnügungs-, Aneip- und Kellametriebs getwartet hat.

So mußte es kommen!

Kartoffeln sind genug vorhanden, trotz der schlechten Ernte, sie können aber nicht zu den Konsumenten gelangen, weil ein Teil der Landwirte, verlockt durch die am 15. Februar 1917 eintretende Erhöhung des Kartoffelpreises, seine Vorräte zurückhält. Als im Herbst die Ernte begann, wurde eine Prämie für die schnelle Lieferung der Kartoffeln gezahlt, und die Folge war, daß Unmengen festkartoffeln, die sich bekanntlich nicht lange halten, in die großen Städte verandt wurden und hier verderben. Jetzt gibt es eine Prämie für die Zurückhaltung der Kartoffeln, und wieder sind die städtischen Konsumenten die Hineingefallenen. Der Berliner wird nächste Woche nur fünf Pfund Kartoffeln bekommen, denen zum Trost zwei Pfund Kohlräben hinzugefügt werden sollen. Damit ist das Risiko dieser von Anfang an verfehlten Preispolitik eklatant erwiesen.

Kundenlisten beim Kartoffelbezug.

Was wir gestern als nahe bevorstehend ankündigten, ist bereits heute eingetroffen. Der Magistrat Berlin hat, wie er uns mitteilt, in Uebereinstimmung mit fast allen Stadtgemeinden Groß-Berlins beschlossen, den Verkehr mit Kartoffeln im Kleinhandel so zu regeln, daß Abgabe und Entnahme nur an derjenigen Verkaufsstelle erfolgen darf, in der der Kartennhaber zum Bezuge angemeldet und in eine Kundenliste eingetragen ist. Die erforderlichen Vorschriften werden demnächst durch die Tageszeitungen wie durch mehrfachen Anschlag an den Säulen bekanntgemacht werden. Es wird jeder Einwohner dringend ersucht, diese Bekanntmachungen aber auch zu lesen und dementsprechend zu handeln, damit nicht durch Nachlässigkeit dem einzelnen Nachteil und der Gemeinde viel unnötige Arbeit erwächst.

Verlorene Lebensmittelkarten.

Eins der unerquicklichsten Kapitel in unserer Lebensmittelversorgung ist die verlorene Lebensmittelkarte. Wer die Karten verloren hat, oder wenn sie, was wohl häufiger vorkommt, gestohlen worden sind, der wendet sich in seiner Verlegenheit an die Behörde um Ersatz und kann durchaus nicht verstehen, wenn diese es ablehnt, solchen Ersatz zu leisten. Die Behörde wäre aber, wie uns vom Charlottenburger städtischen Pressebüro mitgeteilt wird, nicht imstande, mit den ihr zur Verfügung stehenden Vorräten auszukommen, wenn sie alle Anforderungen um Vergabe neuer Karten beschreiben wollte. Das einzige Mittel, sich vor Schaden zu bewahren, ist eben eine größte Vorsicht bei Aufbewahrung der Karten. Erstens frage man nicht alle Karten, vor allem nicht die für die ganze Periode, bei sich, sondern nur diejenigen, die man augenblicklich braucht. Dann aber gebe man beim Einkauf auf seine Karten besser acht. Täglich muß man es erleben, daß Frauen ihre Lebensmittelkarten offen auf ihre Vorräte in den zum Diebstahl geradezu herausfordernden Einkaufstaschen legen oder jedem sichtbar in die Schürze oder das Kleid stecken, wo sie unbemerkt herausgenommen werden können oder herausfallen. Wer so wenig Vorsicht übt, der handelt leichtfertig und muß gewärtig sein, die Folgen solchen Tuns selbst zu tragen.

„Zurückbleiben!“

Eben fährt der Halbtundenzug auf dem Ringbahnhof ab — da ertönt, je nachdem ob Schaffner oder Schaffnerin, rauh oder schril der Ruf: „Zurückbleiben!“ Und im Vorbeifahren sieht man, wie sich eben der rasche Lauf des verspätetkommenen Reisenden zur gewöhnlichen Gangart verlangsamt. Gleichmütig nimmt keiner diese Abweihung hin: der eine blickt verzweifelt drein, der andere fuchselwid, mancher lacht verlegen, und es kommt auch vor, daß ein Eiliger mit einem kräftigen Fluch kehrt macht und unter Verzicht auf Fahrt und Fahrkarte (so er nicht eine Monatskarte hat) eilig durch die Sperre und den Bahnhof zurückrennt, um ein anderes Verkehrsmittel zu erlangen.

Aber nicht immer läuft die Sache so ab. So mancher springt trotz des Verbots auf den fahrenden Zug. — Und wer einige Zeit in Groß-Berlin Stadtbahn fährt, hat auch sicher schon mehr als einmal dabei Szenen mitschauen müssen, die den Herzschlag momentan aussetzen lassen.

Je seltener die Züge fahren, desto größer wird der Anreiz werden, in solch gefährlicher Weise den drohenden Zeitverlust zu vermeiden oder gar die letzte Gelegenheit zum Nachhausefahren noch auszunutzen.

Ein sozialpolitischer Fortschritt.

Der 7 Uhr-Laden schluß, der jetzt durch eine Verordnung des Bundesrats eingeführt worden ist, muß nicht nur mit Rücksicht auf die Lichterparnis, sondern auch im Interesse der Kaufleute und Handlungsgehilfen willkommen heißen werden und es wäre dringend zu wünschen, daß dieser sozialpolitische Fortschritt nicht auf die Kriegszeit beschränkt bleiben möchte. Das Publikum, dessen find wir gewiß, wird sich an die Neuerung ebenso leicht gewöhnen, wie es sich seinerzeit an die „Sonntagsruhe“ gewöhnt hat. Unseren Lesern aber möchten wir bei dieser Gelegenheit die Bitte ans Herz legen, ihre Einkäufe, auch in Lebensmitteln, nicht auf die letzte Stunde zu verschieben und ihre Weihnachtsbefürsorge, wenn irgend möglich, schon mehrere Tage vor dem Heiligabend zu erledigen. Sie würden dadurch namentlich den am Kleinhandel Beteiligten die Möglichkeit geben, den Weihnachtsabend auch einmal in der Familie feiern zu können.

Vorlesungen über Kleinkinderfürsorge.

Im Januar 1917 beginnt der zweite Teil der vom Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht veranstalteten Vorlesungen über Kleinkinderfürsorge. Vizealldirektor Dr. Buchenau wird die Grundzüge der Kindespsychologie behandeln, und zwar in Anlehnung an W. Stern, Die Psychologie der frühen Kindheit“ und mit anschließenden Übungen. Beginn: Dienstag, 9. Januar, abends 8 bis 9 $\frac{1}{2}$ Uhr. Oberlehrerin Treuge wird über die pädagogischen Grundlagen der sozialen Kinderfürsorge sprechen. Beginn: Freitag, 12. Januar, abends von 8 bis 9 Uhr. Die Teilnehmergebühr beträgt für jede der beiden achtstündigen Vortragsreihen 8 M. Anmeldung schriftlich oder mündlich im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Berlin W 85, Potsdamer Str. 120, von 11 bis 1 und 5 bis 6 Uhr.

Berliner Nahrungsmittel-Nachrichten.

Kostgünstige Fettzerlinge zum Preise von 1,90 M. für das Pfund und Bräutigamsringe zum Preise von 1 M. für das Pfund gelangen jetzt zum Verkauf. Der Verkauf findet nur an Berliner Einwohnern, die sich durch Vorlage der für jeden Haushalt aus-

gekauften Kunstwerke für den künftigen Lebensmittelverkauf anzuweisen. Mehr als 1/4 Pfund wird bei einem Verkauf nicht abgegeben.

Die Preisprüfungsstelle Groß-Berlin hat für die kommende Woche folgende Preise für Gemüse und Obst als zulässig festgelegt: Im Großhandel für das Pfund Weißkohl 8 Pf., Wirsingkohl 18 Pf., Rotkohl 18 Pf., Grünkohl 11-14 Pf., Tafeläpfel (besonders feine ausgesuchte Ware - Auslese - ist hierbei nicht einbezogen) 80-90 Pf.; im Kleinhandel: Weißkohl 11 Pf., Wirsingkohl 23 Pf., Rotkohl 23 Pf., Grünkohl 14-18 Pf., Kohlraben 6 Pf., Tafeläpfel (besonders feine ausgesuchte Ware - Auslese - ist hierbei nicht einbezogen) 85-75 Pf.

30 Millionen Portionen Kriegsspeisung.

Eine bedeutende Entwicklung haben die Massenpeisungsausschüsse des Vereins für Kinderbrot und Kinderbrot Berlin e. V. zu verzeichnen. Der Verein hat bald nach Ausbruch des Krieges seine auf die Kinderfürsorge gerichtete 23-jährige Tätigkeit auf die Speisung von Erwachsenen in Mittelstand und Beamtenkreisen ausgedehnt. Die Kinderbrotbäckerei ist nach Übernahme der bisher vom Verein durchgeführten Speisung der bedürftigen Berliner Gemeindefamilien durch die städtische Volksspeisung in Kleinkinderküchen (Suppenküchen) umgegliedert worden. Welchen Faktor diese Kriegsfürsorgetätigkeit des Vereins für die Ernährung der Bevölkerung Berlins darstellt, sollen einige Zahlen veranschaulichen. Im November 1914 wurden in den damaligen Bürger- und Mittelstandsküchen des Vereins 121 425 Mittags- und Abendportionen verabreicht; im November 1915 erhöhte sich die Zahl der Mahlzeiten auf 863 716 und im November 1916 wurden in den 85 Beamten- und Mittelstandsküchen des Vereins 983 275 Mittags- und Abendportionen verabreicht. In den 84 Kleinkinderküchen des Vereins wurden im November 1916 gegen mäßiges Entgelt oder kostenlos 894 686 Portionen Suppen- und Knochenbrühe verabreicht, insgesamt also im November 1916 1 877 981 Portionen ausgegeben. Die durchschnittliche tägliche Besucherzahl der Küchen des Vereins betrug im November 1914 23 800, im November 1915 32 877 und im November 1916 68 054. Am 12. Dezember d. J. ist die Anzahl von 30 Millionen während der Kriegszeit verteilter Essensportionen überschritten worden.

Arbeitslosenfürsorge.

Geschäftskreis der Arbeitslosenfürsorge der Stadt Berlin für die Woche vom 27. November bis 2. Dezember: Bei den 23 städtischen Geschäftsstellen sind 94 Gesuche eingegangen; es wurden abgelehnt 20, an die Landesversicherungsanstalt Berlin verwiesen 2, bewilligt 41. Ausgeschlossen aus der Unterstützung (überwiegend wegen Wiederertrags in Arbeit oder Erwerb) sind 56 Personen, 100 männliche und 1675 weibliche Personen bezogen Unterstützung im Gesamtbetrag von 7225 M., davon je 4 M. 1650 Personen, je 5 M. 125 Personen. Von der Stadt wurden an 161 Mitglieder von fünfzehn Arbeiter- und Angestelltenorganisationen, die selbst tagungsgemäß Unterstützung gewähren, Zuschüsse im Gesamtbetrag von 570,00 M. gezahlt. Hieron trafen auf die freien Gewerkschaften 145 Mitglieder mit 508,65 M. (und zwar Metallarbeiter 87,75 M., Holzarbeiter 50,60 M. usw.) Die Landesversicherungsanstalt Berlin hat von 22 490 bei ihr überhaupt bis 2. Dezember 1916 eingegangenen, teils von den städtischen Unterstützungskommissionen ihr überwiesenen, teils von den Organisierten ihr eingereichten Gesuchen 15 497 genehmigt. Gegenüber der Vorwoche sind hinzugekommen drei Personen.

Berliner Bautätigkeit.

Die Minderung der Bauaktivität ist in Berlin auch in 1916 nicht zum Stillstand gekommen. In den Monaten April bis September 1916 liefen nur 145, 177, 118, 176, 171, 154, zusammen 941 Baugesuche ein, gegenüber denselben sechs Monaten von 1915 mit 227, 224, 140, 186, 196, 162, zusammen 1144 Baugesuchen, von 1914 mit 608, 608, 685, 698, 810, 386, zusammen 3211 Baugesuchen. Das Sommerhalbjahr 1916 brachte nicht mehr ein Drittel derjenigen Zahl, die für das Sommerhalbjahr 1914 ermittelt wurde. Der plötzliche Rückgang vom Juli zum August 1914 - von 608 auf 310 - zeigt, welchen Einfluß der Kriegsausbruch auf die Bautätigkeit hatte. Entsprechend der Minderung der Baugesuche sank dann auch die Zahl der Baubescheinerteilungen und der für geringe Bauausführungen gegebenen Baugenehmigungen. In 1914, 1915, 1916 entfielen auf das Steuerhalbjahr 378, 142, 68 Baubescheinerteilungen und 1511, 499, 440 Baugenehmigungen. Die Zahl für Sommer 1916 war gegenüber derjenigen für Sommer 1914 bei den Baugenehmigungen nicht mehr ein Drittel, bei den Baubescheinerteilungen nur noch wenig über ein Sechstel. Nachgelassen hat besonders der Wohnungsbau, so daß die Minderung der Wohnungen nur mäßig sein konnte. Die Folgen für den Wohnungsmarkt sind bereits bei der Zahlung leerstehender Wohnungen im Mai 1916 erkennbar geworden. Von 1914 zu 1916 haben bei den Wohnungen ohne Gewerberäume die leerstehenden zwar in den oberen Größenklassen sich noch gemehrt, aber in den unteren Größenklassen sich gemindert.

Für eine kräftigere Ernährung der Arbeiter in der Kriegsindustrie tritt jetzt auch der Minister des Innern ein. In einer Verfügung an die Landräte fordert er dazu auf, daß ein jeder, besonders jeder Landwirt, alles, was er an Nahrungsmitteln über die ablieferungspflichtigen Mengen hinaus entnehmen könne, für diese Arbeiter spenden solle, namentlich Speck, Schmalz, Schinken, Würste u. dergl. Im Verein mit den Landwirtschaftskammern sollen an allen geeigneten Orten Sammel- und Anmeldestellen unter Leitung der Landräte eingerichtet werden.

Die Arbeitszeit in Bäckereien. Das Polizeipräsidium teilt mit: Der Polizeipräsident von Berlin hat in Bäckereien herstellenden Betrieben während der Weihnachts- und Neujahrszeit folgende Arbeitszeiten festgesetzt: Sonnabend, den 23. d. Mts., von 7 Uhr morgens bis 9 Uhr abends; Sonntag, den 24., von 7 Uhr morgens bis 4 Uhr nachmittags; Dienstag, den 26., von 7 Uhr morgens bis 12 Uhr mittags; Sonntag, den 31., von 7 Uhr morgens bis 4 Uhr nachmittags. Am 25. Dezember 1916 und am 1. Januar 1917 ruht der Betrieb.

Die Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3 (Laden), ist am morgigen Sonntag, nachmittags von 2-7 Uhr geöffnet. Sie bietet eine reiche Auswahl von Jugendschriften, Klassikern, Unterhaltungs-, wissenschaftlicher und Parteiliteratur.

Bücher gehörten stets zu den beliebtesten Festtagsgaben; in diesem Jahre aber haben sie eine besondere Bedeutung, weil infolge der äußerst hohen Preise aller anderen sonst zu Geschenken gern genommenen Gegenstände, aber auch wegen der Rationierungen und des Bezugshinweises, gute Bücher einen ebenso wohlfeilen wie sinnigen Ersatz bieten. Daß aber Bücher nur in der Parteibuchhandlung gekauft werden sollen, weiß jeder gute Genosse und jede gute Genossin.

Der Zirkus Busch erfreut sich trotz der Zeiten Ungunst andauernd sehr gut besuchter Häuser. Den ganzen zweiten Teil des Programms füllt die bereits 76 mal aufgeführte Märchen-Prinzpantomime „Die Geier-Prinzessin“, die dem Zirkus Busch Gelegenheit gibt, in großartigen Dekorationen, glänzenden Kostümierungen eines zahlreichen Tänzerinnenkorps, in herrlichen Ballets und prächtigen Ballet- und Beleuchtungsfestspielen außerordentliches zu bieten. Das lebhafteste Interesse findet in der ersten Hälfte des Abends „Afra“, die Gedankenleserin, deren Produktionen sich sehr merklich von der gewöhnlichen Technik unterscheiden. Alle ihre schwierigen Aufgaben löst sie unter ausgiebiger Beteiligung der Besucher, deren Aufmerksamkeit bis zum letzten Augenblick angepannt bleibt. Nur ganz wenigen Beobachtern wird es möglich sein, auch nur zu ahnen, wie Afra und ihr „Konferancier“ die rätselhaften Darbietungen zuwege bringen. Auch alle übrigen Varietenummern gehören jeweils zu den besten ihrer Art; auf dem Gebiete der Kunststücke Corty-Althoffs, Meisterbrevett, der bekannte Schalkreiter Alfred Ott, die Familie Blumensfeld, der holländische humoristische Reizart der Nairs; die Geschwister Schenk bringen hervorragende exzentrische Akrobatik; die Glomminnen sind durchweg vortrefflich besetzt. Daneben sind zwei hochintelligente Vierbeiner erfolgreich bemüht, durch ihre Kunststücke die zweibeinigen Artisten in den Schatten zu stellen. In den sowohl heute wie am morgigen Sonntag stattfindenden Nachmittags-Vorstellungen wird die reizende Pantomime „Beim Weihnachtsmann“, die bei der Jugend so viel fröhlichen Beifall findet, wiederum aufgeführt werden.

671 Beweisanträge hat der Gerichtshof in dem Berliner Dauerprozess Schiffmann in diesen Tagen zu prüfen gehabt!

150 tausend Brotartenabschnitte wurden in den Räumen der Volks-Kaffee- und Speisehallen-Gesellschaft in der Scharrenstraße: Da gestohlen, dazu noch 14 Tausend Eierartenabschnitte, ferner Bouillennwürfel und Zigarren. Die Abschnitte wären für die Diebe wertlos, wenn nicht Geschäftsleute den Vorschriften zuwider auch lose Kartenabschnitte annehmen.

Aus den Gemeinden.

Charlottenburg. Eine Reihe weiterer Charlottenburger Buttergeschäfte hat durch die Getreide Groß-Berlin Käse erhalten. Die Ausgabe findet gegen Abgabe der Nr. 14 der roten Nahrungsmittelkarte in den besonders bezeichneten Geschäften nur an dort eingetragene Butterkunden statt. Auf vier Abschnitte Nr. 14 entfällt 1/4 Pfund Käse.

In der Zeit vom Dienstag, den 19., bis Sonntag, den 24. Dezember, werden an Charlottenburger Einwohner abgegeben auf Abschnitt A der neuen Haushaltsmarken eine Päckchen kondensierte Milch mit Jucker zum Preise von 1,10 M. für Haushaltungen von 1-3 Personen, und zwei Päckchen zum Preise von zusammen 2,20 M. für Haushaltungen von 4 und mehr Personen; und ferner auf Abschnitt 18 der roten Nahrungsmittelkarte 1 Pfund Marmelade zum Preise von 80 Pf. oder 1 Pfund Sirup zum Preise von 40 Pf. oder 1/2 Pfund Citronen zum Preise von 40 Pf. Die Ware kann nur bei dem Händler gekauft werden, bei dem die Enttragung in die Kundenliste für Gutz u. w. erfolgt ist. Die Zuweisung an die Händler erfolgt vom 15. d. M. ab.

Weißensee. Es wird und geschrieben: Eine sehr schwach besuchte Mitgliederversammlung des Wahlvereins beschäftigte sich mit den Beschlüssen des Zentralvorstandes und des Kreises, wonach diejenigen Genossen, die den „Vorwärts“ nicht abbestellen, ihre Parteimärkte niederlegen sollen, darunter befinden sich auch die Gemeindevertretermandate. Die maßgebenden Gemeindevorsteher wollen sich diesem Beschlusse aus wohlüberlegten Gründen nicht fügen und es wäre, wenn es nach den Beschlüssen der Versammlung ginge, die Weißenseer Arbeiterschaft ohne Vertretung im Kreisparlament. Was das zu bedeuten hat, darüber sind sich die versammelten Genossen wohl nicht klar geworden, denn alle Anregungen, die auf Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der ärmeren Bevölkerung und insbesondere der Kriegswohlfahrtpflege, der Lebensmittelfürsorge und dergleichen Dinge mehr hinführen, sind ausnahmslos von unseren Genossen verlangt worden. Einem hinsichtlich Beschlusses wegen soll die dritte Wählerabteilung vielleicht auf Monate ohne Vertretung sein. Es kommen dabei Genossen in Frage, die zwei Jahrzehnte ihre Pflicht und Schuldigkeit zur größten Zufriedenheit geleistet haben. Eine im Januar stattfindende Versammlung soll sich nochmals mit der Angelegenheit beschäftigen; jedoch ist ein anderes Resultat kaum zu erwarten.

Treptow. Den zahlreichen Treptower Gastwirten, die Vorgärten vor ihren Lokalen haben, ist eröffnet worden, daß diese Vorgärten nicht mehr für Restaurationen zweckmäßig benutzt werden dürfen. Diese harte Maßregel wird gerade in den gegenwärtigen Zeiten um so unangenehmer empfunden, als sich Unzulänglichkeiten aus dem Besuchen der Gärten nicht ergeben haben. Mindestens sollte die Ausführung des Verbots um zwei Jahre zurückgestellt werden, damit die betroffenen Gastwirte sich von den wirtschaftlichen Nadelstichen unserer Zeit erholen können.

Berichtszeitung.

Streit um den Tariflohn.

Eine Kählerin, die für die Firma Müller u. Hilpert 4300 Helmfischen für einen Alfordlohn von 5 Pf. pro Stück angefertigt hatte, klagte vor dem Gewerbegericht um Nachzahlung von 2 Pf. pro Stück mit der Begründung, 7 Pf. sei der vom Vorkommnisse festgesetzte Tariflohn. Es wurde festgesetzt, daß die Klägerin die Arbeit im Rat übernommen hatte und daß damals ein Tariflohn für Helmfischen noch nicht bestanden haben kann, weil dieser Artikel erst später eingeführt worden ist und es zweifelhaft scheint, ob jetzt ein Tarif dafür besteht. Der Beklagte bestritt, daß ein Tariflohn von 7 Pf. festgesetzt sei, doch erbot er sich, der Klägerin 1 Pf. pro Stück nachzugeben, womit sich diese einverstanden erklärte.

Unberechtigter Lohnabzug.

Den in der Sattlerei der Firma Heinrich Jordan auf Wochelohn beschäftigten Kählerinnen wurde der Lohn für den Vorkommnisse abgezogen sowie für einige Stunden, um welche die Arbeitszeit an den Sonnabenden auf Anordnung der Firma verkürzt worden ist. Ein Teil der betreffenden Arbeiterinnen klagte beim Gewerbegericht um Zahlung der abgezogenen Lohnbeträge. Der Vertreter der Firma verteidigte sich auf eine Bestimmung der Arbeitsordnung, die besagt, daß die Tage und Stunden, an denen die Arbeiterinnen gearbeitet haben, vom Vorkommnisse abgezogen werden. Ferner meinte der Vertreter der Firma, die Klägerinnen könnten überhaupt keinen Anspruch geltend machen, weil sie über den Empfang des erhaltenen Lohnes quittiert haben, ohne Einwendungen wegen der Abzüge erhoben zu haben.

Das Gericht verurteilte die Firma, den Klägerinnen die geforderten Beträge zu zahlen. Das Urteil wurde so begründet: Die erwähnte Bestimmung der Arbeitsordnung trifft auf den vorliegenden Fall nicht zu, denn nach Treu und Glauben kann sie nur so verstanden werden, daß die Tage und Stunden, die durch Verkürzen der Arbeiterinnen versäumt wurden, nicht bezahlt werden. Hier handelt es sich aber um Arbeitszeit, in der auf Anordnung der Firma nicht gearbeitet wurde. Dafür dürfen keine Abzüge gemacht werden. Durch die Quittung über die erhaltenen Lohnbeträge ist ein Verzicht auf Mehrforderungen nicht ausgesprochen.

Unter der Aufsichtsbildung des verurteilten Nordes hand gestern die Arbeiterfrau Anna R. vor dem Schwurgericht des Landgerichts I. Die Beschuldigung, welche die Angeklagte ursprünglich vor das Schöffengericht führte, ging dahin, daß sie ihre eigene, jetzt 1 1/2 Jahre alte Kind in grauer, das Leben gefährdender Weise mißhandelt habe. Das Schöffengericht hatte sich für unzuständig erklärt, da die Angeklagte den verurteilten Nordes verdächtig sei, und die Sache an das Schwurgericht verweisen. Die Angeklagte, deren Ehemann im Felde steht, war Mutter zweier Kinder und ärgerte sich darüber, als ihr ein neuer Familienzuwachs bevorstand. Nach vor der Geburt des Kindes soll sie nach der Behauptung einiger Zeuginnen dem zu erwartenden Kinde ein baldiges Ende prophezeit und mehrfach unter häßlichen Aus-

drücken angedeutet haben, sie würde alles mögliche darum geben, wenn das Kind „freipieren“ würde. Als dann das Kind geboren war und sie infolge der Selbstmordahnung körperliche Leiden durchzumachen hatte, soll die Angeklagte einen unstillbaren Haß auf das Kind geworfen und es bei jeder Gelegenheit arg mißhandelt haben. Unter anderem wurde behauptet, daß sie das kleine Wesen, wenn es sich beschwerte, einfach unter die Wasserleitung gehalten, von dem kalten Wasser habe bespülen und dann nackt ans offene Fenster hingeworfen habe, um es auf diese Weise wieder trocken zu lassen. Das Schwurgericht hatte den Eindruck, daß es der Angeklagten wohl darauf angekommen sei, sich des ihr lästigen Kindes zu entledigen. Die Angeklagte wies alle diese Beschuldigungen als unzutreffend und Entstellungen von harmlosen Vorkommnissen zurück. Von drei Zeuginnen, die über allerlei häßliche Redensarten der Angeklagten, Mißhandlungen des Kindes, Schmerzschreie des letzteren usw. Wahrnehmungen gemacht haben, traten andere gegenüber, die die Angeklagte entlasteten und bezeugten, daß sie das Kind durchaus fürsorglich behandelt habe. Auf Grund der umfangreichen Beweisaufnahme gab Staatsanwalt Klee den Geschworenen anheim, Stellung zu der Frage des verurteilten Nordes zu nehmen, beantragte aber auf alle Fälle die Verjahung der Schuldfrage nach Körperverletzung durch grausame Behandlung und die Verneinung mildernder Umstände. - Rechtsanwalt Fritz Löwe wies darauf hin, daß es sich hier um eine hysterische Frau handelte, die ja zweifellos das Kind nicht habe leiden lassen und verschiedene starke Ausdrücke über dasselbe gebraucht habe, die jedoch nicht ernstgemeint seien und nicht dahin gedeutet werden könnten, daß es auf den Tod des Kindes abgesehen gewesen sei. Auch für grausame Mißhandlung des Kindes seien keine genügenden Beweise beigebracht. - Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage, so daß die Freisprechung der Angeklagten erfolgen mußte.

Der Raubüberfall auf dem Treppenturm, der Ende September dieses Jahres von einem Jugendlichen auf eine Witwe ausgeübt wurde und letzterer erhebliche Verletzungen zugefügt hat, beschäftigt gestern die 1. Strafkammer des Landgerichts II. Als Täter, auf dessen Ergreifung seinerzeit eine Wohnung von 100 M. ausgesetzt worden war, stand nun der 17-jährige, jetzige Fürsorgegösslings Richard S. vor der Strafkammer. Der Angeklagte war früher im Kummelsburger Frauenhause untergebracht, hatte es aber heimlich verlassen und zunächst bei einem Landwirt Stellung genommen. Ende September gab er diese Arbeit auf und kam nach Berlin, angeblich um sich freiwillig beim Militär zu stellen. Da er jedoch, wie er erzählte, nicht in die Kaserne gelassen wurde, trieb er sich schließlich auf den Straßen umher und als er dann 36 Stunden lang nichts gegessen hatte und großen Hunger fühlte, will er zufällig gesehen haben, wie ein junger Mann einer Frau die Handtasche stahl. Daburh sei er auf den Gedanken gekommen, sich durch solch einen Diebstahl aus seiner Lage herauszuhelfen. Diesen Gedanken setzte er sofort in die Tat um. Als er bemerkte, daß die Witwe Böhm in das Haus Gasse 30 ging, in dem sie wohnte, folgte er ihr dorthin. Als die Frau bis kurz vor ihre im vierten Stockwerk befindliche Wohnung gelangt war, stürzte er sich plötzlich auf sie und versuchte, ihr die Handtasche zu entreißen. Die Heberfalle setzte sich jedoch kräftig zur Wehr und es entspann sich ein Kampf, in dessen Verlauf sie von dem Angeklagten die Treppe hinuntergeworfen wurde. Mit starken Schlägen und einem Armbruch blieb sie liegen, vermochte jedoch um Hilfe zu rufen, wodurch Hausnachbarn herbeigelockt wurden. Der Versuch fand aber noch Gelegenheit, zu entkommen. Erst nach einiger Zeit konnte er ermittelt und festgenommen werden. Das Gericht verurteilte ihn zu einem Jahr Gefängnis und nahm ihn sofort in Haft.

Aus aller Welt.

Der Eismeer-Ozeanal. Aus Kopenhagen wird der „Ab. S.“ mitgeteilt: Eine große Expedition, bestehend aus amerikanischen Finanzleuten, bekannten Ingenieuren und Technikern sowie russischen Geologen und Technikern, unter der Führung von Rosskov, ist aus Lodolet zurückgekehrt. Diese Expedition sollte die Grundlagen zur Erbauung des größten Kanals der Erde, und zwar eines solchen vom Eismeer zur Ostsee, studieren. Die Expedition erklärte den Bau des Kanals für ausführbar und für die Entwicklung Sibiriens von denkbar größtem Nutzen. Die Expedition, die vornehmlich die Verhältnisse der Murmanküste eingehend studiert hat, erklärte, daß ein Kanal, beginnend im Eismeer, die Kola halbinsel durchschneidend, ferner Finnland überquerend, mehrere Flußbetten benutzend, nach Lornea führen und so eine direkte Verbindung zwischen Ostsee und Eismeer herstellen könnte. Man schätzt die Kosten des Kanalbaues auf 800 Millionen Rubel. Die russische Regierung zeigt sich von dem Plane sehr interessiert, nicht nur, da er Rußlands Wirtschaftskraft außerordentlich heben müßte, sondern auch strategisch von größtem Wert sein würde.

Berechtigter Einwand. Die kleine Wieze: Mutter, ich möchte eine neue Puppe haben. - Mutter: Du hast doch eine ganz neue, die noch heil ist. - Die kleine Wieze: Aber ich bin ja auch noch heil, und trotzdem hast Du ein neues kleines Mädchen bekommen!

Freireligiöse Gemeinde. Morgen, Sonntag, vormittags 9 Uhr, Doppel-Messe 15/17; Reizball, Adelskino, Beobachtung; Oberbürgermeister, Altm. 2; Freireligiöse Versammlung - Vormittags 11 Uhr: Kleine Transkripten Straße 6; Vortrag von Herrn Ernst Kottler: Gottesdienst, II. Teil. - Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Ende Nr. 5, IV. Hof rechts, portofrei, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 6 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anschlag ist ein Zuschlag und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Besondere Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Adressenangabe beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Gedächtnisse und bergischen bringt man in die Sprechstunde mit.

N. R. 47 u. M. G. R. 33. Sie haben nach der neuen Bundesratsverordnung noch Anspruch auf die Unterstützung bis zum 31. Dezember und auch Anspruch auf die Erhöhung der Unterstützung für November und Dezember. - B. 1887. Die Zahlung der Gemeindeeinkommensteuer vom 1. Oktober ab halten wir für ungerechtfertigt und würden Ihnen empfehlen, Reklamation event. Berufung beim Vorstehenden der Einkommensteuer-Veranlagungskommission einzureichen. - G. C. 100. Auch die Kinder der verstorbenen Verwandten haben in dem Fall einen Erbanspruch. - M. B. 31. Da die Entlassung aus dem Heeresdienst vor dem 1. Dezember erfolgte, hat Ihre Frau keinen Anspruch auf die Unterstützung bis zum 15. Dezember, es müßte aber die erhöhte Unterstützung für November nachgezahlt werden. - B. G. Das wissen wir nicht mit Bestimmtheit, wahrscheinlich am 1. Januar 1917. - B. 50. 1. und 2. Befragung kann unserm Erachtens in diesem Falle nicht erfolgen. - B. 6. Die Betriebsprüfung kann dazu durch die Militärbehörde veranlaßt werden. - Karlsruhe 100. 1. Ja, 2. Nein. - G. 2. 41. Rein. - B. 187. 870. 1. Die Mindestrente für Kriegsveterane beträgt 10 Proz. von 540 M., das wären im Jahre 54 M., das wäre aber die monatliche Kriegsrente mit 15 M. 2. Ja; ein solcher Antrag muß mit einem Attest des Arztes, das die völlige Erwerbsunfähigkeit bescheinigt, beim Bezirksamt eingereicht werden. - T. 19. 1. und 2. Da Ihre Entlassung aus dem Heeresdienst vor dem 1. Dezember erfolgte, hat Ihre Frau keinen Anspruch auf die Unterstützung der Unterstützung bis zum 15. Dezember, wohl aber müßte die für den Monat November bewilligte Erhöhung nachgezahlt werden. - G. 2. 99. Der Umlauf der Rente für die Angestelltenversicherung erfolgt durch das Versicherungsamt Klosterstr. 65/67. - G. 2. 41. Die Rindlung genügt in der Form.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittags. Nennig kühl, vorwiegend trüb, mit wechsellagernden, meist geringen, nur im Osten etwas stärkeren Niederschlägen, dazwischen gelinde aufbauend.

Aus Industrie und Handel.

Abgänge der Elektrizitätsindustrie.

In der am 15. Dezember abgehaltenen Sitzung der Siemens u. Halske A.-G. wurde dem Aufsichtsrat der Rechnungsabschluss zum 31. Juli mit Geschäftsbericht vorgelegt. Danach ist die Gesamtproduktion hinter derjenigen des Vorjahres nicht zurückgeblieben, wenngleich durch die Tätigkeiten für die Bedürfnisse von Heer und Marine Verschiebungen in einzelnen Abteilungen hervorgerufen wurden.

In der Aufsichtsratssitzung der Siemens-Schuckertwerke wurde die Dividende wieder auf 10 Proz. festgesetzt. Die Nachfrage nach den elektrischen Fabrikaten konnte nicht ganz befriedigt werden, da die Herstellung und Durchbildung der Ersatzstoffe für elektrische Leiter und deren Isolierung, an denen die Siemens-Schuckertwerke erheblich beteiligt waren, geraume Zeit in Anspruch nahm.

In der am 15. Dezember abgehaltenen Aufsichtsratssitzung der Rheinische Schuckert-Gesellschaft für elektrische Industrie in Mannheim erzielte im Jahre 1915/16 einen Nettogewinn von 2.530.138 Mark (1914/15: 2.522.906).

Die Rheinische Schuckert-Gesellschaft für elektrische Industrie in Mannheim erzielte im Jahre 1915/16 einen Nettogewinn von 2.530.138 Mark (1914/15: 2.522.906).

Heberschäfte.

Der künstliche Süßstoff Saccharin mußte von den Verbrauchern zu einem Preis erworben werden, der außer jedem Verhältnis zu den Herstellungskosten steht. Wie wir von eingehender Seite erfahren, liefern die Saccharinfabriken an die Kriegs-Chemikalgesellschaft zu 22 1/2 M. pro Kilo.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Hüttenwerke C. W. Köppler u. Co. Akt.-Ges. in Berlin weisen für das Jahr 1915/16 einen Nettogewinn von 1.001.818 M. (1914/15: 2.257.497) aus.

Die Fritz Werner Akt.-Ges., die sich hauptsächlich mit der Herstellung von Werkzeugmaschinen befaßt, erhöht zur Erwidmung neuer Anlagen in Berlin-Mariendorf ihr Aktienkapital um 2 Millionen Mark auf 5 Millionen Mark.

Nach dem Geschäftsbericht der Generalversammlung der Gebr. Hehl u. Co. A.-G. in Charlottenburg vorgelegt wurde, zufolge erzielte die Gesellschaft im Jahre 1915/16 einen Ertrag von 567.886 M. (1914/15: 433.658), darunter 505.905 M. (408.779) Betriebsüberschuß.

Die Gebr. Geyl u. Co. Akt.-Ges. in Berlin (Elektro-Photographische Gesellschaft) erzielte in 1915/16 eine Einnahme von 20.802 M. (45.958 in 1914/15), auf Hausratkonten wurden vereinnahmt 161.187 M. (163.190).

Die freien Kattler der Berliner Börsen haben sich zur Wahrung der Berufsinteressen vereinigt.

Die Erste Deutsche Fein-Zute-Garnspinnerei A.-G. teilt mit, daß der Umsatz in Wollfasermaterial gegen das Vorjahr schlechter sei.

Der Verband des Stahlwerksverbandes betrug im November insgesamt 212.675 Tonnen gegen 231.554 Tonnen im Vormonat und 241.750 Tonnen im November des Vorjahres.

Die Londoner Metallbörse ist geschlossen worden, weil die englische Regierung wenig Freude an der Metallhauffe hat.

Der Weltschiffbau.

Nach „Lloyds List“ haben in Rußland die Anlagen zum Schiffbau so große Fortschritte gemacht, daß nach dem Krieg erst mit dem Wettbewerb der russischen Werften gerechnet werden muß, zumal diese durch hohe Staatszuschüsse zunächst bis zum Jahre 1928 geschützt werden.

In der gleichen Nummer wird auf amerikanische Berichte hingewiesen, aus denen hervorgeht, daß die amerikanische Schiffbauindustrie sowohl gegenüber ihren europäischen Wettbewerbern wie auch gegenüber den Japanern sich in vorteilhafter Lage befindet.

Ein unlängst erdienter Kauf in New Yorker „Journal of Commerce“ weist darauf hin, daß das deutsche Ausfuhrverbot von Schiffbaumaterial den norwegischen Schiffbau schwer beeinträchtigt hat; ebenso ergehe es Dänemark und Holland.

Soziales.

Die Sterblichkeit in deutschen Städten.

In der Woche vom 12. bis zum 18. November hatte von allen deutschen Städten von über 40.000 Einwohnern Wilhelmshafen die höchste Sterblichkeitsziffer (auf 1000 Einwohner und auf Jahr berechnet) mit 40,3; an dieser Zahl sind allerdings die Ortsfremden stark beteiligt, ohne die Wilhelmshafen mit nur 9,2 an eine ziemlich glänzende Stelle kommt.

Kein Betriebsunfall — eigenwirtschaftliche Tätigkeit.

Der Arbeiter J. war als Armerungsarbeiter bei der königlichen Fortifikation beschäftigt. Am 17. November 1916 ging er in der Dunkelheit von seiner Arbeitsstelle nach dem ihm von seinem Arbeitgeber zugewiesenen Quartier.

Das 14. Oberverwaltungsamt Groß-Berlin wies die Berufung zurück. Es erklärte, daß J. mit dem Augenblick, als er sich von der Arbeit zu seiner Wohnung begab, losgelöst von Betriebe und seinen Gefahren war.

werden konnte, daß die zugewiesene Wohnung im weiteren Sinne einen Teil des Betriebes darstellte, so war der Kläger doch nicht mehr für den Betrieb beschäftigt, als er den Unfall erlitt.

Der von J. gegen die Entscheidung eingelegte Rekurs wurde vom Reichsversicherungsamt zurückgewiesen. Es sagt, die Tatsache, daß die Geeserverwaltung den Arbeitern in solchen Fällen die Beschaffung einer Unterkunft abnehme, indem sie ihnen Quartiere anweist, genüge allein nicht, die Unterkunft als mit dem Betriebe so eng verbunden zu lassen, daß das Eigenwirtschaftliche dabei in den Hintergrund trete.

Wenn nur ein klein wenig guter Wille dagewesen wäre, von der bequemeren alten Formel abzuweichen zu wollen, dann hätte der Beklagte eine Remis erhalten. Als die Reichsversicherungsordnung beraten wurde, jagte ein Regierungsvertreter in der Kommission, das Reichsversicherungsamt sei bemüht, den Begriff Betriebsunfall ausdehnend auszulagern und es werde auch bei Unfällen auf Wegen zu und von der Arbeit immer prüfen, ob Beziehungen zum Betriebe vorhanden seien.

Die Volksfürsorge im Kriege.

Seit 28 Monaten wird das deutsche Wirtschaftsleben vom Weltkriege bestimmt, und doch kann man mit der Weiterentwicklung der ersten Jahre vor Kriegsausbruch im Leben getretenen gewerkschaftlich-gesellschaftlichen Versicherungsvereinigungen Volksfürsorge noch zufrieden sein.

Es wurden sonach in den ersten elf Monaten 1916 im ganzen 21.425 neue Anträge eingekragt, gegen 9621 Anträge im gleichen Zeitraum 1915. Es ist das ein Beweis dafür, daß die Werbetätigkeit der Funktionäre der Volksfürsorge bei den Arbeitern und ihren Frauen weitgehendes Vertrauen findet.

Solange der Vorrat reicht

Liefert die Buchhandlung Vorwärts, Berlin, S.W. 68, Lindenstraße 3, folgende älteren Jahrgänge der reichsillustrierten Romanzeitschrift „In Freien Stunden“ jeden Band statt gebunden 4 Mark für nur 2 Mark.

- Band 3: Inhalt: „Im Jahre der Versuchung.“ Roman von Helmer Malot. — „Die Wälder.“ Von H. Schmitz-Schmidt. — „Der Weiler.“ Von C. Kupplius. — „Das Kloster bei Gombitz.“ Von H. Gellspacher.
Band 4: Inhalt: „Der Kurier des Harn.“ Von Jules Verne. — „Das Vermächtnis des Verfalls.“ Von Otto Kupplius. — „Am Malaner Meer.“ Von Theodor Wägge. — „Wie der Großvater die Großmutter nahm.“
Band 5: Inhalt: „Der verlorene Sohn.“ Roman von Hall Gaine. — „Der Glühwürm.“ Romane von North Hartmann. — „Zum Feldberg vertrieben.“ Erzählung von Wladimir Gollubow. — „Die Karwendel.“ Erzählung von Wladimir Gollubow.
Band 6: Inhalt: „Der Deserteur.“ Roman von Robert Buchanan. — „Drei Weiber.“ Roman von Madame Blant. — „Der rote Zimmermann.“ Roman von Friedrich Genschler. — „Halsbünd.“ Gemälde von Otto Kupplius. — „Der Weihnachtsabend.“ Eine Gestergegeschichte.
Band 7: Inhalt: „Nebellen.“ Erzählung von G. Kischew. — „Der Gräber von Notre Dame.“ Roman von Victor Hugo. — „St. Petrus Argentin.“ Erzählung von A. Wollgast.
Band 10: Inhalt: „Der Halb.“ Von H. Zumbrota. — „Nautab.“ Von Emile Zola. — „Der große Vagabond.“ Von H. H. Jacobs. — „Franken des Abends.“ Von H. E. Stedeman. — „Unbegabte Schuld.“ Von H. Stedeman. — „Wie jagt eine Frau.“ Von J. Gollubow. — „Der Weiler von Harn.“ Von H. Schmitz-Schmidt. — „Der Gräber.“ Von H. H. Jacobs.
Band 11: Inhalt: „Kantver.“ Von Walter Scott. — „Die Nummerfahre.“ Von Frau S. H. Schmitz-Schmidt. — „Trinität.“ Eine von Herrn Schmitz-Schmidt. — „Kantver.“ Von H. H. Jacobs. — „Ein Tag aus dem Leben des Kaiserreichs.“ Von Walter Eden.
Band 13: Inhalt: „Der rote Jahn.“ Von Hall Gaine. — „Eigene Kraft.“ Von Tompison. — „Der schwarze Katt.“ Von H. Jacobs.
Band 14: Inhalt: „Kliver Tisch.“ Von H. Widens. — „Was sagter Vergangenhait.“ Von Gollubow. — „Die Gräber Wäldchen.“ Von Gollubow. — „Kloster, der Katt.“ — „Der getragene Katt.“
Band 17: Inhalt: „Der Jude.“ Deutsches Bildnis aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts. Von G. Gollubow. Illustriert von G. Schmitz. — „Der Kattver zu Treiden.“ Eine Erzählung aus dem siebenjährigen Kriege. Von G. Kischew.

Bei Bestellungen genügt Angabe der Nummer des Bandes. Jeder Band ist für sich abgeschlossen. Band 1, 2, 6, 12, 15 und 16 sind anverkauft.

Kopenhagener Nautabak

darf nicht mehr eingekragt werden. Dieser Brief ist Kapitän-Kopenhagener feinsten Qualität in demselben Gehalt. G. Hader, Berlin, Gräber Weg 111. (998. 3861.) Hauptniederlage d. Kapitän-Tabaks sowie Kopenhagener u. Wäldchen Nautabak, Kattver zu Original-Preis.

Advertisement for S. JOSEPH SCHOENEBOURG featuring 'Großes preiswertes Lager in Ulster, Paletots, Joppen und Hosen' and 'Modernes preiswertes Lager in Anzügen für Herren, Burschen und Knaben.' Includes address: Hauptstraße 1, Ecke der Grünwaldstraße, Sonntag von 12-8 Uhr geöffnet.

Was schenke ich zu Weihnachten?

Vorwärtsklassiker

Goethes Werke Mit einer Einführung in das Leben und die Werke des Dichters von Dr. Franz Diederich.

Heines Werke 15 Bände in drei Bänden gebunden mit einer biographischen Einleitung von Franz Mehring.

Reuters Werke Mit einer Einführung in das Leben und die Werke des Dichters von Emil Krause.

Jedes Werk (3 Bände) geb. 5 Mark

Gute Unterhaltungsliteratur bietet die Vorwärts Bibliothek

Band 1: **Erweckt**, Roman aus dem Proletarierleben von H. Ger. — Band 2: **Der Ausweg**, Eine Erzählung von Ernst Prezang. — Band 3: **Das Land der Zukunft**, Reisebeschreibung von L. Köllich, mit einer Einleitung von Paul Göhre. — Band 4: **Verstobenes Volk**, Erzählungen von R. Grötzsch. — Band 5: **Der Prinzipienreiter**, Eine Erzählung aus dem Jahre 1898 von Wilhelm Bloss. — Band 6: **In den Tod getrieben**, Zwei Erzählungen von Ernst Prezang. — Band 7: **Der Pariser Garten** und **Anderes** von Minna Kautsky. — Band 8: **Mutter**, Ein Frauenschicksal von Joh. Ferch. — Band 9: **Der Morgen graut**, Erzählungen aus dem Proletarierleben von M. Anderien-Pexö. — Band 10: **1000 Mark Belohnung**, Kriminalroman v. Hans Hyan. — Band 11: **Die Heiterkeit**, Ein humoristisches Erzählung von O. Ludwig. — Band 12: **Vom Waisenhaus zur Fabrik**, Geschichte einer Proletarierjugend von H. G. Dikreiter. — Band 13: **Der Gotteslästerer**, Roman aus dem Leben der erzgebirgischen Waldarbeiter von H. Ger. — Band 14: **Die Marktenderin**, Erzählung von Erdmann-Chatrian. — Band 15: **Kriegsfahrten in Belgien und Nordfrankreich**, Von Dr. Koelter und G. Noske, III. d. R. — Band 16: **Kriegsberichte aus Ostpreußen und Rußland**, Von W. Düwell, Kriegsberichterstatter im Hauptquartier des Ostens. — Band 17 und 18: **Herzen im Kriege**, Schilderungen und Geschichten. Eine Auslese von Dr. Franz Diederich. — Band 19: **Als Zwischenbedienter nach Südamerika**, Erzählung von Heinrich Neuenhagen.

Jeder gut gebundene Band 1,20 Mark

Jugendchriften, Märchenbücher und Bilderbücher

in reicher Auswahl in allen Preislagen.

Ursprung der Religion und des Gottesglaubens Von H. Cunow. Preis 1,50 Mk.

Entwicklungsgeichte der Erde Von Engelbert Graf. Mit 47 Abbildungen und einem Anhang: Geologische Profile und Erklärungen geologischer Fachausdrücke. 1 Mk.

Deutsche Geschichte v. Ausgang des Mittelalters. Leitfadens für Lehrende und Lernende von F. Mehring. Gebunden 2,50 Mk.

Unterm Brennglas Berliner politische Satire, Revolutionszeit und menschliche Komödie von Adolf Gläbrenner. Ausgewählt und eingeleitet von Dr. Fr. Diederich. Mit 117 Bildern von Theodor Hofmann, Adolf Schroeder, Wilhelm Scholz, C. Reinhardt, Gustav Heil und anderen. Preis nur 3 Mark, gut gebunden 4 Mark.

Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71 Umfang 320 Seiten großes Bild und Dokumenten ausgestattet. Von Hug Schulz gegenwärtig Kriegsberichterstatter i. österreicherisch-ungarischen Hauptprellequartier. Geb. 3 Mk.

Gedichte von Klara Müller-Jahnke. Inhalt: Mit roten Kesseln. — Alte Lieder. — Sturmlieder vom Meer. — Wach auf! — Soziale Lieder. — An sonnigen Borden. — Winterzeit. — Ausklang. — Reich illustriert von Oskar Jahnke. Preis gebunden 3,50 Mark.

Kriegsjahr Kampfgedichte 1914—1916. Von Franz Diederich. Preis gebunden 2,— Mk., brosch. 1,50 Mk.

Die Zarengeißel Sturmchreie aus hundert Jahren. V. Dr. F. Diederich. Das Thema dieses Buches ist der Kampf gegen den Zarismus, der Rußland blutig knechtet. Es ist ein Kampfbuch voll Unerbittlichkeit. Aus dem Sturm des gegenwärt. Kriegs entstanden. Preis 60 Pf.

Herzliche Grüße Geschichten von St. Großmann. Eine gute Sammlung tiefeindruckender Erzählungen der Freuden und Leiden des täglichen Lebens. Preis broschiert 2 Mark, gut gebunden 2,80 Mark.

Der kleine Stadtbaumeister Ein Lehr- u. Spielbuch für Jugend, Eltern und Erzieher von H. Pralle. Mit 15 Abbildungen. im Text u. 17 Tafeln. Heubert lehrreich u. anregend. Preis 1,50 Mk.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek Ein wertvolles Hausbuch für jede Familie. Geb. 4,50 Mk.

Buchhandlung Vorwärts

Paul Singer G. m. b. H., Berlin, Lindenstraße 3

Von Unten Auf

Das Werk der besten sozialistischen Dichtungen. Gefammelt und getaltet von Dr. Franz Diederich. Mit 26 Bildern. In einem Leinenband 3 Mk., in zwei gut gebundenen Bänden 6 Mk. — Vom drängenden Leben der Zeit will dieses Buch der Dichtung zeugen, vom Leben, das von unten auf treibt und keimt, vom Leben, das schwerste Mühe und heiligste Arbeit austreibt und alle beste Kraft und die höchsten Opfer vom einzelnen zum Segen des Ganzen fordert.

Ulenbrook Briefe aus der Heide an meine jungen Freunde. Von J. Brand. In diesem vortrefflichen Buch bietet Freund Brand zwölf Briefe, die er den Kindern in zwölf Monaten des Jahres aus seinem Ulenbrook schreibt. Durch jeden einzelnen dieser Briefe lernen die Leser ein besonderes Kapitel der Natur kennen. Gebunden, mit Buchdruck verlesen, Preis nur 1,50 Mark.

Eine Reise nach Island und den Westmänner-Inseln. Reisebriefe und Tagebuchblätter von E. Sonnemann (Jürgen Brand). Mit vielen Illustrationen. — Preis gebunden 2,50 Mark. Der durch sein „Ulenbrook“ schon bekannte Verfasser weiß, daß Kinder sehr gern solche Reisebeschreibungen lesen, darum schrieb er diese Reisebriefe.

Unier Wald Von C. Grottewitz, herausgegeben von W. Böliche. Mit zahlr. Abbild. Dieses Buch hat bei den bedeutendsten Pädagogen wie in der Presse begünstigte Aufnahme gefunden. Broch. 2,50 Mk., in Leinenband 3 Mk.

Sonntage eines Großstädtlers in der Natur Von C. Grottewitz. Vorwort von Wilhelm Böliche. Mit Buchdruck und einem Porträt des Verfassers. Das kleine Werkchen fand allseitige Anerkennung und hat sich viele Freunde erworben. Geb. 1 Mk.

Kreuz u. quer durch den Balkan Reisebeschreibung von L. Lellen. In diesem Buche werden Land und Leute der Balkanhalbinsel fesselnd geschildert. Illustriert von J. Schur. Geb. 1,50 Mk.

Mit dem Tornister Ungeheimte Feldzugs-Erinnerungen eines Infanteristen aus dem Jahre 1870. Von Rückert. Gebunden 1,50 Mark.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Süd

Bäcker- u. Konditoreien
F. Radloff, Nikln., Alleestr. 37
Anerkanntes Kuchengeb.

Fleisch- u. Wurstwaren
Paul Müller, Friesenstr. 22
Kartiergarten 16
F. Fischer, u. Aufsch.

Mehldlg., Kolonialw.
Joh. Pietsch, Gneisenaustr. 97
A. Schleinitz, Mariannenstr. 14

Weine, Fruchtsäfte, Likör.
E. & M. Leydicke
Mansteinstr. 4

Uhren, Goldwaren
S. Fenske, Kottbuser Damm 96
Streng rech., anerkannt bill.

Neukölln
C. Dittmann
Berlinerstr. 43
Wild — Golligal — Fische.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Westen

Brauereien
Adelung & Hoffmann
Akt.-Brauerei Potsdam
Eig. Niederlag. Berlin SW. 47
Kreuzbergstr. 23, Brandenburgerstr. 11, Wilhelmshofstr. 72.

Spez. - Potsdam-Stangenbier
Georg Dabelow, Potsdamer Str. 76b.

Gelogenheitskäufe
Rud. Flatau, Alt-Moab. 110.

Weine, Fruchtsäfte, Likör.
E. & M. Leydicke
Mansteinstr. 4

Charlottenburg
Otto Gaeger, Mehldlg., Kolonialw., Wilmersd. Str. 49, 61.

Nowawes
A. Kieper
Friedrichstr. 28
Damen-Kinder-Konfektion

Spandau
Paul Gaeger Mehl und Kolonialw.
Breitestr. 57, Schönwalderstr. 13-14, Pichelsdorferstr. 12.

Haus- und Küchengeräte
Hermann Finck
Eisenwar., Schönwalderstr. 87.

Alfred Bartels, Breitestr. 35
Schirme, Leder, Drechselw.
A. Markgraf, Brüderstr. 11 Eck.
Jägerstr. Lamp. Gl., Fernst., Stiel.
Ad. Tornow, Markt 10, gegr. 1889.

Grammophone trichterlose und Feld-Apparate

in jeder Preislage.
Großes Lager in Schallplatten.
Alle Schlager aus den neuesten Operetten etc.
Abgespielte Platten sowie Bruch werden bis M. 1,50 pro Stück in Zahlung genommen.
Eigene Reparatur-Werkstatt.
W. Becker Spezial-Geschäft Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 127 I, Ecke Schillerstraße (kein Laden).

Eile zu Weile

Spezialhaus für Pelzwaren
Berlin S. 119 Dresdener Strasse 119
Eckhaus am Oranienplatz.

Ausstellung der neuesten Muster

Nur Prachtstücke in Echt Skunks

» Fuchs
» Marder
» Skunks-Opossum

sowie in allen anderen Pelzarten zu wirklich billigen Preisen.

Pelz-Hüte leicht und schick.
Bitte genau auf Nr. 119 Dresdener Strasse 119 und Firma Eile zu Weile zu achten.
Sonntags 8—10 und 12—8 geöffnet.

Eigene Kürschner-Reparaturen Umarbeitungen.

Pelzwaren eigener Konfektion, gut sortiertes reichhaltiges Lager in allen Pelzarten. Reparaturen nach schicken Modellen. Kürschnermeister Itzig, Kantstr. 50 im Hause der Post.

Kranz- u. Blumenspenden

synell und billig.
Zur Mittwoche 56 Dabers
Roabit 6184.

In Freien Stunden.
Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Pro Heft 15 Pf. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Pelzwaren wegen Einberufung enorm billig.
Alaskafuchs-Kragen . . . M. 18.— an
Skunkskragen . . . 50.—
imit. Alaskafuchs . . . 12.—
Marder . . . 60.—
Große Auswahl in allen anderen Pelzwaren. — Reparaturen werden schnell und billig ausgeführt.
Kürschnermstr. Poezier, Kottbuser Damm 15.
Bitte genau Hausnumm. zu beachten.

Volkslieder

für Heim und Wanderung
im Auftrage der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands herausgegeben von Hermann Böfe

Das Buch enthält auf 280 Seiten 300 Volkslieder mit Noten und eine Einführung in das Lautenspiel. 100 Lieder sind mit Viffordbezeichnung versehen, natürlich durchweg mit einfachsten Harmoniegängen. Klavier- und Lautenspieler wird diese Einrichtung willkommen sein.

Taschenformat in Leinen gebunden
Preis 1,50 Mark

Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Bücher für den Weihnachtstisch!
Gute Bilderbücher und Jugendchriften, Klassiker, Romane und andere Geschenkliteratur in großer Auswahl und zu allen Preisen vorrätig in der

Bickhardt'schen Buchhandlung
Inh. Hans Herrfahrt, Neukölln, Prinz-Handjarystr. 1, Ecke Bergstr. Vergesst nicht die geistige Nahrung für unsere Feldgrauen. Kataloge umsonst.

Passende Weihnachtsgeschenke in Damen-, Herren- und Armbanduhren

in Gold, Silber, Tala u. Stahl sowie Ketten, Armbänder, Ring, Broschen, Uhringe, Halskette, Manschettenknöpfe, Schlipsnadeln in allen Preislagen.

3 Jahr. Garant. f. Uhr Für unsere Kriegert. Uhren mit Leuchtblatt. Wanduhren und Wecker in allen Arten.

Emil Quade, Berlin-Schöneberg, Hauptstr. 145, Größtes und billigstes Spezialgeschäft Schönebergs. Alles Gold und Silber wird in Zahlung genommen.

Winter-Paletots von M. 42.— an
Winter-Ulster von M. 36.— an
Winter-Joppen von M. 11.— an

M. Schulmeister

Dresdener Straße 4 Kottbuser Tor
Ab 1. Okt.: Sonntags 12-2 geöffnet.
Maßanfertigung zu allerbilligsten Preisen.

Sacco-Anzüge von M. 38.— an
Rock-Anzüge von M. 54.— an
Jünglings-Anzüge von M. 29.— an